

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei zu Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 3gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Achtung!

Diejenigen Genossen, welche auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen und Willens sind, zum 1. Oktober nach Berlin zurück zu kehren, resp. vorübergehend zu dieser Zeit Berlin besuchen wollen, werden hierdurch ersucht, ihre Adressen bis spätestens 20. September brieflich mit Angabe, ob sie in Berlin zu verbleiben oder nur vorübergehend zurückkehren gedenken, umgehend an Unterzeichnete einzureichen, da spätere Meldungen nicht berücksichtigt werden können.

Alle bis dato, sowie bis zum 20. September eingehende Meldungen und Anfragen werden wir mit näherer Angabe in Betreff des Empfanges z. bis spätestens 22. September brieflich beantworten.

- Otto Klein, Zigarrengeschäft, Ritterstr. 15, S.
- Carl Wildberger, Tapezier, Kommandantenstr. 60, S.
- Gottfried Schulz, Zigarrengeschäft, Rottbuserplatz, SO.
- Otto Thierbach, Rheinsbergerstr. 29, N.

Die Parteiblätter werden um Abdruck dieses Aufrufes gebeten.

Das offizielle Parteiorgan.

Der Vorschlag im Organisationsentwurf der Fraktion, das „Berliner Volksblatt“ zum offiziellen Parteiorgan zu gestalten, hat von verschiedenen Seiten lebhaften Widerspruch erfahren. Dasselbe war Anfangs auch in der Fraktion der Fall, und es entstand über den Vorschlag eine ziemlich lebhafte Debatte, die schließlich damit endete, daß mit allen gegen ein oder zwei Stimmen derselbe angenommen wurde.

Die Gründe, die sich gegen den Vorschlag erheben, sind folgende:

1. als täglich erscheinendes Blatt könnten die Parteigenossen in den kleineren Orten die Masse des Lesestoffes nicht bewältigen, auch das Blatt seines Preises wegen nicht bezahlen;
 2. das Blatt sei, weil vorzugsweise auf die Berliner Verhältnisse berechnet, für die Provinz nicht geeignet.
- Als dritter Grund wurde ferner von einem Parteiblatt, wunderbarer Weise gestützt auf die Gründe der „Freis. Ztg.“, ausgeführt, die Partei brauche kein offizielles Parteiorgan, wenn sie aber eines solchen benötigte, so genüge ein Wochenblatt.

Die letztere Auffassung, daß das offizielle Parteiorgan ein Wochenblatt sein solle, wurde von den verschiedensten Seiten vertreten und hat in diesem Augenblick unter den Genossen der kleineren Orte entschieden die Mehrheit für sich.

Berschwiegen soll nicht werden, daß unter den Motiven in der Bekämpfung des Vorschlages, das „Berliner Volksblatt“ zum offiziellen Parteiorgan zu ernennen, sich hier und da auch Konkurrenzbesürchtungen geltend machten.

Daß die Partei ein offizielles Organ braucht, das unter der direkten Kontrolle des Parteivorstandes steht, und in dem alle Mitteilungen und Erlasse der Verwaltungsorgane der Partei in erster Linie erscheinen, wird eigentlich von Niemand bestritten. Die Partei hat auch jeder Zeit ein solches Organ gehabt. So lange die Partei noch in zwei Fraktionen gespalten war, besaß jede Fraktion ein solches; der Allgemeine deutsche Arbeiterverein den „Sozialdemokrat“, die sozialdemokratische Arbeiterpartei den „Volksstaat“. Als im Jahre 1875 die beiden Fraktionen sich vereinigten, wurden beide Blätter zum „Vorwärts“ verschmolzen, dem das Sozialistengesetz den Untergang bereitere.

Als dann die Partei zum ersten Male wieder durch ihre Vertreter zu einem Parteikongreß in Witten zusammentrat, wurde der mittlerweile in Zürich in's Leben gerufene „Sozialdemokrat“ zum offiziellen Parteiorgan erklärt, bis das Urtheil in dem bekannten Freiburger Prozeß die Fraktion zwang, ihm diesen Charakter zu nehmen.

In erster Linie galt das offizielle Parteiorgan als der vornehmste Vertreter der Parteigrundsätze, es bildete so zu sagen das Barometer für die Entwicklung derselben in der Partei. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein betrachtete das offizielle Blatt so sehr als den ausschließlichen und allein maßgebenden Vertreter auf dem Gebiete der Presse, daß neben ihm kein anderes Parteiblatt geduldet wurde, eine Maßnahme, die nicht wenig zu den Zerwürfnissen im Verein beitrug.

In der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nahm die Entwicklung der Presse einen andern Verlauf. Wohl war der „Volksstaat“ das vornehmste und eigentlich maßgebende Parteiblatt, aber die Gründung anderer Blätter wurde nicht unterdrückt, sondern nach Kräften gefördert, weil man in einer ausgedehnten und verzweigten Presse eine Hauptstärke der Partei sah.

Nach der Vereinigung der beiden Fraktionen im Jahre 1875 wurden diese letzteren Grundsätze auch für die Gesamtpartei maßgebend, und die Folge war, daß innerhalb weniger Jahre eine große Anzahl politischer und gewerkschaftlicher Blätter in's Leben gerufen wurde, die neben dem „Vorwärts“ die Parteibestrebungen vertraten.

Obgleich nun der „Vorwärts“ sowohl durch seine redaktionellen wie durch die mitarbeitenden Kräfte immer noch den vornehmsten Rang in der Parteipresse einnahm, änderten sich die Verhältnisse desselben doch insofern, als die Gründung jedes neuen Lokalblattes ihn eine mehr oder weniger große Anzahl Abonnenten kostete, so daß seine Auflage, die 1875 ungefähr 14 000 betrug, 1878 kurz vor Ausbruch des Sozialistengesetzes fast auf die Hälfte — er hatte nur noch etwas über 7000 Abonnenten — herabgesunken war. Und da das Blatt prinzipiell keine Geschäftsannoncen aufnahm, war sein finanzieller Stand so, daß es hart vor einem Defizit stand.

Aber auch politisch war der Einfluß und die Bedeutung des „Vorwärts“, der wöchentlich drei Mal erschien, schließlich in der Abnahme begriffen und zwar bedingt durch die Berliner „Freie Presse“, die wie heute das „Berl. Volksbl.“ täglich erschien und dadurch eine Menge Nachrichten und Erörterungen vorweg nahm, die der „Vorwärts“ infolge seiner Erscheinungsweise erst nachträglich bringen konnte, das hieß für die vorgeschrittenen Elemente in der Partei, die ebenfalls auf die „Freie Pr.“ abonniert waren, zu spät.

Kam nicht das Sozialistengesetz, so stand fest, daß die Stellung des „Vorwärts“ allmählig unhaltbar geworden wäre und eine Wandlung eintreten mußte, die gar keine andere sein konnte, als daß die Berliner „Freie Presse“ an Stelle des „Vorwärts“ trat.

Was damals wahrscheinlich geschehen wäre, muß heute, wo die Partei in die Lage kommt, sich neu organisieren zu müssen, und wo sie mittlerweile viel mächtiger und einer der maßgebendsten Faktoren, ja der maßgebendste in unserem politischen Leben geworden ist, ganz selbstverständlich geschehen.

Die Partei kann ohne ein großes täglich erscheinendes Blatt, das den Vorkampf führt und in dem die Parteileitung jeden Tag zu Worte kommen, in dem sie Erklärungen, Bekanntmachungen und Berichtigungen zc. erlassen kann, nicht mehr auskommen.

Die Sozialdemokratie steht mit allen anderen Parteien im erbitterten Kampf, sie ist der Gegenstand der Aufmerksamkeit und des Angriffs Aller. Die Handlungen und Unterlassungen keiner anderen Partei werden so viel kommentirt und kritisiert, als die der unserigen. Daraus ergibt sich von selbst, daß ein Organ vorhanden sein muß, das täglich zum Angriff wie zur Abwehr bereit ist und durch die ihm zur Verfügung stehenden Informationen auch jeder Zeit dazu befähigt ist. Wäre also das „Berl. Volksbl.“ nicht da, es müßte schleunigst geschaffen werden.

Daß andere Parteien kein offizielles Partei- und Kampforgang besitzen, ist für uns nicht maßgebend. Wie

zeterete das Mädchen und die Gluth auf ihren Wangen wurde immer tiefer. „Ich sage Dir, die Treibjagd wird gar nicht morgen abgehalten, sondern erst in einer Woche, denn wir sind ja dazu eingeladen.“

„Zu der Treibjagd?“ fragte der Bruder ironisch und zwang sich zu einem ironischen Lächeln.

„Lothar“, sagte Frau von Rodensfels nun, „laß doch das Streiten mit Emma!“

„Sie streitet ja auch mit mir.“

„Weil ich im Recht bin!“ rief das Mädchen.

„Emma, Emma! Ach, diese ewige Jänkerrei!“

„Herr von Rodensfels wird also heute schwerlich nach Hause kehren?“ unterbrach ich dieses peinliche Familiengespräch.

„Vor einer Woche kommt der Vater bestimmt nicht zurück. Gerade jetzt ist die beste Zeit zum Jagen da. Die ganze Nachbarschaft macht ebenfalls Anstalten dazu.“

„Papa hat uns gesagt, er hoffe in drei Tagen zurück zu sein.“ fiel Fräulein Emma dazwischen, „und Papa weiß, was er sagt.“

„Ach was, Papa kam vor einer Woche nicht zurück sein.“ Er hat ja sogar dem Stallknecht befohlen, am Sonnabend drei Paar Windhunde nach Jglin zu bringen.“

„Zwei Paare, nicht drei!“ verbesserte der Oppositionsgeist der Familie.

Ich stand auf, um mich von dieser seltsamen Gesellschaft zu verabschieden. Das Schicksal Gerhard's mußte in wenigen Tagen entschieden sein, während die Rückkehr des Vaters möglicherweise noch länger als eine Woche auf sich warten lassen konnte. Und so kam war nach den bisherigen Erfahrungen auch von ihm nicht viel zu erwarten.

Ich wandte mich nochmals an Gerhard's Mutter.

„Entschuldigen Sie, Madame, wenn ich Sie noch mit etwas Weiterem belästige. Ihr Sohn leidet unfählich darunter, daß ihn in seiner traurigen Lage bis jetzt noch Niemand von seinen Angehörigen besucht hat. Er wird wahrscheinlich bald eine weite Reise zu machen haben; können Sie ihn ziehen lassen, ohne ihm ein Wort des Trostes auf den Weg zu geben, ohne ihm zum Abschied die Hand zu drücken, auf daß es ihm leichter würde um's Herz und er seine Leiden leichter ertragen könnte?“

„Ich werde sicherlich nicht zu ihm fahren“, murmelte Lothar vor sich hin.

„Gerade Du solltest es thun, Dir stünde das am besten an!“ rief Emma.

„Fahre Du hin, wenn Du Lust hast!“

„Ich bin kein Mann, sonst würde ich es doch gewiß thun.“

Frau von Rodensfels schluchzte und jammerte beständig. Das war ihre ganze Theilnahme am Schicksal ihres Sohnes.

„Wir können ihn in Mittau nicht besuchen“, sagte sie schließlich resignirt. Dieser Schritt würde uns nur neue Schande bringen und Lothar der Gefahr aussetzen, daß Baron von Eschenau die Verlobung aufheben würde. Dagegen wird Emma vielleicht an ihn schreiben und der Vater eine kleine Unterstützung auf die Reise senden. Viel wird es zwar nicht sein können; denn Lothar muß nächstens seinen neuen Wohnsitz einrichten, eine Equipage und Möbel aus Riga beziehen, und das kostet Geld, viel Geld. Außerdem gedenken wir diesen Winter die jüngere Tochter in die Gesellschaft einzuführen. Und da

Feuilleton.

[10]

Verloren!

Aus den Papieren eines Rechtsanwaltes.
 Von Casimir Kaneman.

„Ach ich Unglückliche!“ unterbrach ich mit thränenersühter Stimme die Mutter das Schweigen. „Ich Unglückliche, weshalb habe ich diese Schande erleben müssen! Schmach und Gram werden mich in's Grab bringen.“

Lothar, liebes Kind,“ sagte sie nach einer kleinen Pause hinzu, „wollen wir nicht nach dem Vater schicken?“

Der Papa wird nicht kommen,“ antwortete dieser.

Die Jagdgesellschaft sollte heute nach Adelsheim von da nach Annaberg fahren.“

Du irrst Dich Lothar!“ rief das Fräulein Emma dazwischen, „sie werden heute in Adelsheim übernachten und morgen erst nach dem Forst von Annaberg sich begeben.“

Warum nicht gar!“ versetzte Lothar.

Du willst also besser unterrichtet sein?“ Klang es spöttisch von den Lippen des Mädchens zurück. „Die Jäger reiten heute nach Adelsheim, denn dort wurde ein Hundel Wildschweine gesehen.“

Hört doch, sie will besser unterrichtet sein und spricht so!

In Annaberg wird morgen eine Treibjagd auf Wölfe veranstaltet.“

„Auf Wölfe, sagst Du, eine Treibjagd auf Wölfe?“

unsere Ziele ganz andere sind, wie die aller anderen Parteien, so muß auch unsere Kampfaktive eine andere sein. Unsere ganze Art der Agitation ist sehr verschieden von jener der Gegner, und sie war es früher noch weit mehr. Allmählig haben sie von uns gelernt und sich allerlei von ihr angeeignet. Wir haben also uns nicht nach ihnen, wohl aber haben sie sich nach uns zu richten.

Für eine kämpfende Partei ist Einheitlichkeit der Kampfweise eine wesentliche Bedingung des Erfolgs. Diese Einheitlichkeit brauchen wir, und deshalb ist ein „führendes“ Organ notwendig.

Es ist also klar, daß die Partei auf ein täglich erscheinendes Zentralorgan nicht verzichten kann.

Der Einwand, daß die große Masse der Parteigenossen ein solches aus den oben angegebenen Gründen nicht zu halten vermag, ist vollkommen richtig, er trifft aber nicht den Kern der Sache. Es genügt vollständig, wenn das offizielle Parteiorgan auswärts außer von den Redaktionen sämtlicher Parteiblätter — die es so wie so halten — von Denjenigen gehalten wird, die in erster Linie berufen und verpflichtet sind, sich von den wichtigsten Vorgängen in der Partei zu unterrichten und auf dem Laufenden zu erhalten. Das sind neben den Reichstags-Abgeordneten die Vertrauensmänner und die mit der Agitation betrauten Personen. Diese sollen die für sie wichtigen Mitteilungen und Nachrichten so rasch wie möglich erhalten und so weit ihnen persönlich die Mittel für das Abonnement fehlen, müssen sie ihnen von der Gesamtheit geliefert werden. Für die allgemeine Verbreitung der Nachrichten in den weitesten Kreisen der Parteigenossen sorgt alsdann die übrige Parteipresse, die also nicht nur keine Konkurrenz durch das offizielle Parteiorgan erfährt, sondern mancherlei wichtige Nachrichten und Materialien erhält, die sie für sich verwerten kann.

Die Masse der Parteigenossen hat also gar nicht nötig, das täglich erscheinende offizielle Blatt zu halten, sie erfährt durch die bereits zahlreich vorhandene Lokalpresse, die immer zahlreicher wird, mindestens eben so früh die wichtigsten Vorgänge, wie wenn sie auf ein zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinendes Organ abonniert wäre.

Wohl aber würde das Letztere gerade das herbeiführen, was man hier und da von einem täglich erscheinenden Organ ganz mit Unrecht befürchtet. Es würde den vielen Wochenblättern, die in der Partei erscheinen, zum Teil eine so heftige Konkurrenz machen, daß eine Anzahl in ihrer Existenz bedroht würden. Schließlich würde aber das Zentralblatt selbst wieder durch die Konkurrenz der Lokalpresse bedrängt, wie sich das deutlich am „Vorwärts“ vor 1878 gezeigt hat.

Der Vorschlag, z. B. die „Berl. Volks-Tribüne“ zu einem solchen offiziellen Wochenorgan zu machen, würde in erster Linie bedingen, daß das Blatt seinen jetzigen Charakter vollständig einbüßte und aufhörte zu sein, was es ist. Abgesehen aber hiervon kann ein Wochenblatt, mag es selbst drei Mal erscheinen, nie die Aufgaben erfüllen, die ein offizielles Organ der Partei heute erfüllen muß, das ist sehr überzeugend nachgewiesen worden. Schließlich käme es dahin, daß ein offizielles Wochenblatt nur noch dort Leser in größerer Zahl fände, wo ein Lokalblatt existenzunfähig ist, sein Zweck wäre vollständig verfehlt.

Will man absolut ein Wochenblatt für ganz Deutschland gründen, dann mache man nicht den Fehler, ihm einen offiziellen Charakter zu geben, dem es doch nicht zu entsprechen vermag. Außerdem giebt es Wochenblätter, die auf weite Kreise berechnet sind, genug, ein neues vermehrte nur den Ueberfluß.

Das offizielle Organ muß also eine täglich erscheinende Zeitung sein und daß wieder diese dort erscheint, wo das

politische Leben in Deutschland wie in einem Brennspiegel sich konzentriert, in der Hauptstadt des Reichs, das bedarf keiner Begründung. Der Einwand, daß das „Berliner Volksblatt“ zu sehr auf Berliner Verhältnisse zugeschnitten sei, ist hinfällig. Einmal steht einer Erweiterung desselben nichts im Wege, sie wird sogar notwendig werden, dann aber ist auch der sogenannte lokale Theil einer Stadt wie Berlin, namentlich so weit es sich um die Berichterstattung über die Berliner Arbeiterbewegung handelt, von so allgemeinem Interesse, daß er auch auswärts mit Vortheil und Nutzen gelesen wird. Wer ihn aber nicht lesen mag, verzichtet darauf, er findet noch immer genug im Blatt, was sein Wissensbedürfnis befriedigt.

Außerdem ist eine große politische Zeitung ohne die Berücksichtigung der großstädtischen lokalen Vorkommnisse und den damit zusammenhängenden Geschäfts- und Anzeigenthail existenzunfähig. Diejenigen, die meinen, ohne einen solchen auskommen zu können, zeigen, daß sie von den Kosten und den Existenzbedingungen einer großen Zeitung nicht das Geringste wissen. Wollte die Partei ohne einen solchen Theil ein großes politisches Tageblatt erhalten, sie müßte immense Zuschüsse leisten und büßte die sonst vorhandenen Ueberschüsse obendrein ein.

Endlich werden auch Diejenigen, die da meinen, daß ein täglich erscheinendes offizielles Parteiorgan die Meinungsfreiheit in der Partei unterdrücke, wohl einsehen, daß eine solche Befürchtung hinfällig, wenn nicht gar lächerlich ist. Die lokale und Provinzpresse wird durch dasselbe in ihrer Entfaltung nicht im geringsten gehindert, außerdem gebietet aber sein Charakter als offizielles Parteiorgan, daß dasselbe allen Parteigenossen offen steht und alle Meinungsverchiedenheiten, wenn sie in verständiger Form sich kund thun, zum Ausdruck gelangen lassen muß. Dafür sorgen nöthigenfalls schon die Parteipresse und die Parteiverfammlungen und in letzter Instanz der Parteitag.

Also ceterum censeo: Ein täglich erscheinendes offizielles Parteiorgan ist nöthig, und dieses kann nach der Natur der Verhältnisse kein anderes, als das „Berliner Volksblatt“ sein. A. B.

Politische Uebersicht.

Seit die Regierung davon Abstand genommen, das Sozialistengesetz zu verlängern, ist es, wie die „Freis. Ztg.“ mit Recht hervorhebt, wunderbar, wie die Organe der Kartellparteien jetzt darin wetteifern, nachträglich darzutun, daß das Sozialistengesetz das denkbar schlechteste und verletzteste Gesetz gewesen ist. Das freikonserervative „Deutsche Wochenblatt“ führt jetzt gegen das Sozialistengesetz noch ganz besonders an, daß dasselbe im Widerspruch gestanden habe mit der allgemeinen Wehrpflicht. Es sei auf die Dauer ein heillos und unheilbarer Widerspruch, eine große Schicht der Bevölkerung als revolutionsverdächtig zu behandeln und sie gleichzeitig durch Unterweisung in Waffenhandwerk für ihr angebliches Vorhaben auf's Beste vorzubereiten. „Das Sozialistengesetz als dauernde Institution unseres Staatslebens würde die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung einer fremden Soldatentruppe im Solde der Regierung zur schließlichen Konsequenz und damit eigentlich zur Voraussetzung haben.“

Eine neue Internationale! Nachdem man neulich von einer mitteleuropäischen Zollunion gesprochen hat auf dem Kongreß der Forst- und Landwirthe in Wien, taucht von neuem der Plan einer einheitlichen Regelung des Frachttransportes auf. Zuvor erinnern wir daran, daß neben den Einheitsströmungen politischer und gemüthlicher Art zur Einheit Deutschlands der Zollverein ein erster Schritt war. Jetzt kommt folgende Meldung: Im Jahre 1882 hatte bekanntlich in Bern infolge einer Einladung des schweizerischen Bundesraths eine internationale Konferenz stattgefunden, deren Zweck eine einheitliche Regelung des Frachttransportes auf den europäischen Eisenbahnen bildete. Nachdem nunmehr die deutsche Regierung ihre Genehmigung erklärt hat, diesen in Bern vereinbarten Entwurf in Wirksamkeit treten zu lassen, hat der schweizerische Bundesrath an die verschiedenen Regierungen die Einladung ergeben lassen, am 13. Oktober d. J. die Unterzeichnung dieses internationalen Uebereinkommens vorzunehmen, wodurch der Staatsvertrag in der von der letzten Konferenz festgestellten Form bindende Kraft erlangen würde. Dieses Ueber-

Mit einer zeremoniellen Verneigung und leichtem Händedruck nahm ich Abschied von dem jungen Sohn. Vor der Veranda stand schon die Postkutsche bereit. Als ich die Treppe hinabsteigen wollte, wurde hinter mir hastig eine Thür aufgeschlossen und eine schüchtern Stimme rief mir zu: „Herr Doktor, erlauben Sie noch einen Augenblick.“

Es war Adelina. Das Mädchen schien erregt und verlegen zu sein und zitterte vor Kälte, gegen die es sich mit einem schweren Shawl fast umsonst zu schützen suchte. Ihr Antlitz war blaß, nur zwei kleine rothe Flecken glühten auf den Wangen und der Wind, der scharf von Außen hereinblies, trieb ein wunderbar-tolles Spiel mit ihren Haaren, als wären es die Halme eines zusammengebundenen Heubündels.

Die Augen niedergeschlagen, sagte sie stehenden Tones: „Werden Sie den Bruder bald sehen, Herr Doktor?“ „Sofort nach meiner Ankunft in Mittlau“, antwortete ich überrascht. „Kann ich ihm vielleicht etwas von Ihnen sagen, mein Fräulein?“

In der Hand, welche sie bisher unter dem Shawl verborgen hielt, reichte sie mir eine etwas ungeheuer gewickelte Rolle.

„Ueberreichen Sie das meinem armen Bruder“, stammelte sie, „es ist von mir... Sagen Sie Gerhard auch... sagen Sie ihm, daß wenn auch Mutter und Vater sich seiner nicht mehr annehmen wollen, ich ihn dennoch von ganzem Herzen liebe... Ich weiß es ja, er hat schlecht gehandelt, aber er ist unglücklich... Die Trennung auf immer, sie ist ein harter Schlag für mich, nie werde ich diesen Schmerz vergessen...“

Dabei blickte sie zum ersten Mal zu mir auf. In den aufrichtigen dunkelblauen Augen schimmerte eine Thräne.

„Sagen Sie ihm, er möge einmal an mich schreiben... Wenn ich einmal...“ Sie stockte, es war als hätte sie die Sprache verloren. Aber bald vollendete sie das abgebrochene Wort, indem sie fast schwärmerisch sagte:

„Wenn ich mich einmal verheirathen werde und über eigenes Geld und eigene Pferde und über eine Equipage verfügen kann, dann fahre ich zu ihm und sollte er am andern Ende der Welt leben. Sagen Sie es Gerhard...“

einkommen hat insbesondere für die Handelswelt eine sehr große Bedeutung, weil dadurch die gänzliche Aufhebung der bisher nach dem Grundsatz der Nationalität geltenden Beschränkungen bedingt wird. — Die wahren wirtschaftlichen Interessen der Völker weisen ein unablässig und unablenkbar auf die Internationalität hin! Gegen diese Hilft nun alles nichts!

Der Fiskus wacht mit Argusaugen. In neuerer Zeit werden aus dem Auslande unbenutzte Tabaksblätter, insbesondere Manillatabake, in erheblichem Umfange in Umschließungen in das deutsche Zollgebiet gesandt, für welche ein Tarif nach dem Zolltarife nicht festgesetzt ist. Diese Sendungen sind den vorwiegend über die Zollabfertigungsstellen im Großherzogthum Baden gerichtet. Die Umschließungen bestehen aus einem feinen Bastgeflecht mit Kohlrücken geschmückt und inwendig aus dünnen kreuzweise gelegten Bastplatten mit Unterlagen aus dünnem Schilfgeflecht. Da die gedachte Umschließung aus einer in neuerer Zeit in Aufnahme gekommenen handelsüblichen Verpackung bildet, so wird seitens der Zollbehörden gegenwärtig die Erwähnung gezogen, ob für dieselben ein besonderer Tarifarif eventuell in welcher Höhe vom Finanzministerium beim Bundesrathe in Antrag zu bringen sein möchte. Zur Gewinnung der erforderlichen Materials sind daher bei allen Zollabfertigungsstellen Probe-Nettoverpackungen der in den vorhergehenden Umschließungen eingehenden Tabake angeordnet worden, deren Ergebnisse demnächst zusammengestellt und die Grundlagen für die Feststellung eines Tarifarifs für diese Verpackung bilden werden.

Betreffs der für die Invaliditätsversicherung zu verwendenden Beiträge und Zusatzmarken veröffentlicht der „Völk. Anzeiger“ eine Bekanntmachung. Danach sind die von den Versicherungsanstalten auszubehaltenden Beitragsmarken in Form eines Rechts auf weißem Papier, und zwar die 14-Pfennigmarken (Zohnklasse 1) in rothem Druck, die 20-Pfennigmarken (Zohnklasse 2) in blauem Druck, die 24-Pfennigmarken (Zohnklasse 3) in grünem Druck und die 30-Pfennigmarken (Zohnklasse 4) in rothbraunem Druck herzustellen. Für die errichteten 31 Versicherungsanstalten sind zum Zweck des Ausdrucks außerdem die Namen der betreffenden Staaten resp. Provinzen gewählt worden. Die Beitragsmarke oder Doppelpartei besteht aus zwei Abtheilungen, die zeigt auf dem linksseitigen, in blauem Druck hergestellten Theil die Beitragsmarke der Zohnklasse 2. Auf dem die Beitragsmarke von links unten nach rechts oben durchziehenden weißen Streifen befindet sich der Name der auszubehaltenden Versicherungsanstalt in lateinischen Buchstaben in schwarzem Druck. Der rechtsseitige Theil stellt in orangefarbendem Druck die einen Reichsbadler haltende Zusatzmarke zum Gesamtwerte von acht Pfennig dar.

Die energische Charkraft, mit welcher die Sozialdemokratie sich anschaut, die für sie mit dem Wegfall des Sozialistengesetzes erwachsende, wenigstens theilweise größere Bewegungsfreiheit anzunehmen zur Verbreitung ihrer Ideen, liegt den Gegnern schwer in den Gliedern. So jammert z. B. die „Allg. Zeitung“ in einer Korrespondenz aus Hannover: „Die vom 1. Oktober an hier in's Leben tretende sozialdemokratische Zeitung „Der Volkswille“ hat sich jetzt der kaiserlichen Postverwaltung förmlich angemeldet. Das Blatt, für welches zunächst auf fünftausend Abnehmer in der Arbeiterbevölkerung von Hannover mit Einsen gerechnet wird, wird sich als „Organ für die wirthschaftliche Bevölkerung der Provinz Hannover“ bezeichnen und täglich erscheinen. Ohne Zweifel wird die sozialdemokratische Partei selbst sich es auch besonders angelegen sein lassen, ihrem neuen Organ die weiteste Verbreitung unter der ländlichen Bevölkerung der Provinz, namentlich in der Umgebung der Hauptstadt zu verschaffen, und hierin voraussichtlich auch nicht ohne Erfolg zu bleiben, da, wie seiner Zeit schon berichtet worden, bei den letzten und vorletzten Reichstagswahlen auf dem platten Lande in verschiedenen hannoverschen Wahlkreisen eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen hervorgetreten ist.“ Als Gegenmaßnahme empfiehlt der Korrespondent der „Kölnischen“ dann die nothwendigen liberalen „Hann. Neuesten Nachr.“. Wir wünschen ihm viel Glück zur Heilkräft der Medizin.

Ueber die Zustände im Apothekenwesen Deutschlands entnehmen wir der „Frankf. Ztg.“ folgende thatsächliche Angaben: Nach der Statistik des Deutschen Reiches erhebt sich in den letzten zehn Jahren der Zubrang zur Pharmazie um 60 pCt., zur Approbation um 50 pCt., während die Zahl der neuen Apotheken in derselben Zeit um nur 6 pCt. vermehrt wurde. Ueber 500 Apotheker werden jährlich approbit; davon gelangen etwa 200 in den Besitz einer Apotheke, woraus sich zu erklären ist, daß die Nachfrage nach Geschäften eine bedeutend härtere ist, als das Angebot. Man lauft um jeden Preis und meist zu theuer, so daß die Hypothekenzinsen den ganzen Gewinn dienst verschlingen, ja oft letzteren übersteigen. Die nächste Folge ist, daß überall gefargt wird: es werden die billigsten Waaren gekauft, Verbesserungen und Neuanschaffungen vermieden, Geld besonders aber wird am Dispersional geschwunden. Vielfach werden Assistenten durch Lehrlinge ersetzt, wie die Statistik des deutschen Reichsbureaus für den Zeitraum von 1876 bis 1887 beweist. Hiernach vermehren sich die Postulant (Lehrlinge) um 60 pCt., ungeprüfte Assistenten um 36 pCt., geprüfte Assistenten um 10 pCt., so daß im Jahre 1887 den 3716 Assistenten 2202 Lehrlinge gegenüber standen, ein Beweis, daß eine verhältnismäßig bedeutende Verflechtung der

Gerührt drückte ich herzlich die kleine Hand und schenkte mich im nächsten Augenblick in den Wagen. Als ich wieder in die Allee gelangt war, entfaltete ich die Papiertüte und fand darin mehrere Gold- und Silberstücke: einen Dukaten, sechs Halbinperiale, einen Louisdor, einige alte Münzen und zwei Erinnerungsmedaillen. Ich erklärte mir diese Geldsammlung des Mädchens aus einem Brauche, der seit langem in reichen Häusern herrschte, die Kinder am Namenstag oder Geburtstag mit funkelnden Geldstücken zu beschenken. Adelina opferte für den Brauch alles, was sie besaß, einen kleinen Schatz, den sie von den ersten Jahren an verwahrt und ihn sich stetig vermehren ließ.

Vor der Biegung der Straße, ehe das Haus den Blick entwand, sah ich mich noch einmal um und wahrte das lichte Kleidchen des Mädchens, wie es zwischen den grauen Pfeilern und dem Geländer der Veranda hereschimmerte, und aus der Dämmerung, die Adelinas Gesicht umhob, wollte mir scheinen, ich sehe die blauen herzoglichen Augen, darin zwei Thränen gleich Perlen glänzten, und die rothen Lippen, welche schüchtern zu mir hinüberstüßten. „Obgleich ich es selber weiß, daß er schlecht gehandelt hat, liebe ich ihn dennoch von ganzem Herzen und beklage sein Unglück...“

O herziges, junges Mädchen! Warum trägt Deine Köpfe diesen abscheulichen Haarpuz, warum guckst Du durch Schlüffeldächer, warum lebst Du in den Räumen des elterlichen Hauses, wo Du von den Andern noch tausend andere Unarten lernst? Dein Herz verdient, daß Du Dich Köpfe zwei über die jungfräuliche Stirn gewundenen Flechten schmückst. Dein Herz verdient, daß kein sündiger Gedanke die Unschuld Deines Blickes trübt, welcher flehentlich nach höheren Zielen, nach den erhabenen Stufen edeln Glückes schaut und Dir die schwierigen Bahnen menschlicher Pflicht weisen möchte. Aber ach! Deine wunderbare Feinheit wird jeden Gedanken, jede freie Regung Deiner Seele im Keime ersticken; die Mutter wird Dich Jan einen reichen vom Vater auf irgend einem Jagdausflug ausgeführten Junggesellen verheirathen und man wird Dir als Mitgift eine herrliche Ausstattung geben. (Fortf. folgt.)

Korrespondenzen.

Wien, 10. September. Die Arbeiterbewegung Oesterreichs macht ganz erhebliche Fortschritte. Die Konferenz aller Redakteure von Arbeiterblättern, welche Mitte September in Brünn stattfand, und von welcher auch das Berliner Volksblatt Notiz genommen hat, zeigte, wie die Arbeiterpresse, trotz aller Schwierigkeiten sich rasch entwickelt. Man darf nicht vergessen, daß in Oesterreich noch Stempel und Kaution (für Wochen- und Tagesblätter) vor Allem ein strenges Verbot der Kolportage auf der Straße lastet, welches den Vertrieb in einer ganz ungläublichen Weise verhindert. Die übliche Benutzung der Tabakläden zum Verschleiß ist eine besondere Begünstigung der Regierung, welche natürlich nur an ihr genehme Organe ertheilt wird. Arbeiterblätter würden den Betrag für den Stempel, welchen das Gesuch kostet, natürlich rein hinauswerfen, sie ihnen ein, darum einzukommen. Aber auch selbständige, vom Blatte selbst gemietete Verschleißlokale sind nur schwer, oft gar nicht zu erreichen. Der Arbeiterzeitung, z. B. ist es noch nicht gelungen, in Steyr und in Graz Verkaufsstellen zu eröffnen; die bezüglichen Anzeigen werden zurückgewiesen und Refuse einfach nicht erledigt. Unter solchen Umständen ist die Arbeiterpresse auf weit schwierigere und kostspieligere Methoden der Verbreitung beschränkt, welche sie ganz auf die Opferwilligkeit und Vertrauenswürdigkeit der Genossen anweisen.

Wenn ihre Verbreitung trotzdem seit dem Hainfelder Parteitag sich etwas um das Fünffache vermehrt hat, so zeigt das wohl, daß sie auf einer gesunden Grundlage ruht und einem wachsenden Bedürfnisse entgegenkommt. Neben der Neugründung je eines Blattes in Reichenberg („Freiheit“) und in Graz („Arbeiterwille“) ist insbesondere die Forderung zu erwägen, welche, wenn sie auch zunächst der Forderung der Arbeiterbewegung dient, für die sozialdemokratische Agitation sehr wertvoll ist. Nicht ohne Interesse ist es, daß es gelungen ist, sogar die Zwangsgenossenschaft diesem Zwecke dienstbar zu machen, da die Gehilfenausweise vielfach aus Parteigenossen bestehen und es durchgeföhrt haben, daß unsere Blätter als Organe der Genossenschaft funktionieren und unterstützt werden.

Eines der wichtigsten Resultate der Brünnener Konferenz ist es, daß konstatiert wurde, daß die tschechische Arbeiterpartei und ihre Presse sich vollständig mit der Organisation der deutschen Partei verstanden hat. Nationalen Streit hat es ja gewiss unter den Arbeitern nie gegeben, aber die slavische Organisation war doch von der deutschen vielfach getrennt. Heute ist die Vereinigung eine vollzogene Thatsache und für alle Zukunft wird es unmöglich sein, daß die Jungtschechen oder Jungdeutschen die Arbeiterbewegung für ihre Zwecke ausnützen. Bei den Deutschen ist das schon lange ausgeschlossen, aber die langsamere Entwicklung und anfängliche Unklarheit der tschechischen Arbeiterbewegung hat derartige Versuche bis in die letzten Jahre ermutigt und wenn auch nur Augenblickskoalitionen zu Paradezwecken zu Stande gebracht. Das ist seit dem Hainfelder Parteitag schon anders geworden und heute ist diese Entwicklung beendet.

Die tschechische Bewegung steht wie die der deutschen Arbeiter in Oesterreich auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie und ist sich der Internationalität vollbewußt. Einem Blättchen, das unter sozialistischer Firma in Prag herausgegeben wird, um die Interessen der Jungtschechen, wenn auch schüchtern und verächtlich zu fördern, wurde auf Antrag gerade der tschechischen Genossen die Eigenschaft eines Parteiblattes abgesprochen und dasselbe von der Liste gestrichen.

Während der Nationalitätenhaber die offizielle Politik mehr als je in Anspruch nimmt, und in Oesterreich vorläufig jede sachgemäße Gestaltung der bürgerlichen Parteien hindert, haben die Arbeiter diese Schwierigkeit bereits vollständig überwunden. Wer unsere Zusammenkünfte besucht und da deutsch und tschechisch, ja untern polnisch und italienisch sprechen, deutsche und tschechische Arbeiterlieder mit einander abwechseln hört, würde nicht glauben, daß im klassischen Lande der „nationalen Entrüstung“ zu leben. Zu betonen ist aber auch, daß erstens die tschechischen Arbeiter sich sehr gut bewußt sind, daß sie ohne Kenntnis der deutschen Sprache als Einzelne der Freizügigkeit entbehren, als Partei ausgeschlossen sind von der geistigen Entwicklung der Partei. In dem Maße, in dem der Unterricht im Deutschen gerade in den tschechischen Arbeitervereinen am fleißigsten gepflegt, darum wird auch andererseits die Uebersetzung der deutschen sozialistischen Literatur eifrig betrieben. — Erwähnt sei, daß vor wenigen Wochen die erste sozialistische Druckschrift in slowenischer Sprache erschienen ist: es ist eine Uebersetzung unserer Flugblätter, den achtstündigen Arbeitstag betreffend.

Sehr wichtig ist der Beschluß der Konferenz, eine energische Agitation für das allgemeine Wahlrecht einzuleiten. Wer sich erinnert, daß die Parteispaltung in Oesterreich, welche der Parteitag selber kongress abschloß, gerade diese Forderung zum Scheitern der Parteien machte, daß die „Radikalen“ das Wahlrecht feierlich energisch verworfen, als es die „Gemäßigten“ übernahmen, wird gewiß erheitert sein zu hören, daß die Beschlüsse dieser Frage nicht zur geringsten Meinungsverschiedenheit Anlaß gab und die Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Wir entbehren das Wahlrecht gewiß sehr schwer, aber wir haben auch gelernt, ohne dasselbe Fortschritte zu machen, so daß sich die richtige Werthschätzung jetzt überall eingestellt hat.

Man werden im nächsten Sommer die allgemeinen Neuwahlen für den Reichsrath stattfinden. Dieses Ereigniß wiederholt sich in Oesterreich nur alle sechs Jahre; so lange dauert die Wahlperiode und ein Parlament auszulösen, dazu hatte das Ministerium Laaffe nie den geringsten Anlaß. Die Sozialdemokratie wäre unglücklich, wenn sie nicht die Erregung, welche die Wahlen selbst in unserem politischen Sumpfe hervorgerufen, nicht zu einer leistungsfähigen Agitation benützen würde. Obwohl wir einen hohen Zensus haben (5 Gulden direkter Steuer ohne Zuschläge), giebt es in vielen Bezirken eine ganz ansehnliche Zahl von Parteigenossen, welche das Wahlrecht haben, und sie werden bei den Wählerversammlungen von den „guten Bürgern“ empfindlich gespürt werden. Von dem löstlichen Plane dieser Agitation werden wir seiner Zeit zu berichten haben.

Die Brünnener Konferenz nahm auch Stellung zu den „Tagen“ der verschiedenen Gewerke, welche seitdem, am 7. und 8. d. M., in Brünn stattfanden. Seit etwa drei Jahren schreibt der Wiederaufbau unserer gewerkschaftlichen Organisation langsam aber zielbewußt fort. Im Jahre 1884 hatte die Peuerlsche Bewegung zur und die bekannnten anarchischen Attentate den Vorwand zur Verhängung des Ausnahmezustandes über Wien und zur Verhängung aller Arbeiterorganisationen gegeben. Auch in den Provinzen, wo man es nicht der Mühe werth fand, die normalen Gesetze zu suspendiren, — so sind in der That schlecht genug, um das völlig überflüssig zu machen — wurden fast alle Vereine aufgelöst und ein Regiment geführt, gegen welches der sozialistengesetzliche Zustand in Deutschland

land die reine Republik war. Langsam und unter unfähigen Mäßen und Opfern wurde seit 1887 wieder aufgebaut. Heute bestehen wieder eine ganze Anzahl von Gewerksvereinen. Dazu kommt, daß die Arbeiter Oesterreichs aus den Zwangsgenossenschaften, welche bestimmt waren, sie wehrlos an die „Meister“ anzuliefern, eine Waffe, die heute sehr werthvoll geworden ist, gemacht haben. Wo Vereine nicht bewilligt werden, gehen die klassenbewußten Arbeiter systematisch an die Eroberung der Genossenschaft und es kam noch dazu, daß dieselben Innungsbrüder, welche um diese Zwangsanstalten petitionirt haben, inständig darum bitten werden, sie wieder davon zu befreien. Die Arbeiter haben es verstanden, sich dem Boden anzubequemen, auf dem sie eben kämpfen müssen, und ihre Waffen den Verhältnissen anzupassen. So sind die lokalen Organisationen wieder einigermaßen entwickelt und der Moment gekommen, sie zu Verbänden zusammen zu schließen. Das ist nun nicht so leicht. Denn wenn auch das Gesetz diese Verbände durchaus ermöglicht, liegen zwischen Lipp und Kelschbrande die An- und Absichten der Regierung, welche Nichts mehr fürchtet, als solche Verbände, und welche es sehr gut versteht, mit dem Gesetze fertig zu werden, welches übrigens danach ist. Dazu kommt, daß in diesem Punkte die Regierung der Unterstützung der Bourgeoisie und ihrer Organe — des Parlaments und der Presse — sich ganz sicher weiß. Unsere Unternehmer haben seit der letzten Streikbewegung und insbesondere seit dem in Oesterreich so glänzend verlaufenen 1. Mai eine geradezu lächerliche Angst vor allem, was Arbeiterbewegung heißt. Wenn sie jetzt ehren- oder schandenshalber zu mancher Polizeimahregel ein schiefes Gesicht gezogen oder sie schüchtern getadelt hat, so ist sie heute bereit, jede Scham abzugeben und schreit wie besessen nach Polizei.

Dem entgegengefeht aber wirken andere Umstände. Auch die österreichische Regierung und ihre Polizei ist nicht unabhängig von dem Gange der Ereignisse. Und dieselben Umstände, welche in Deutschland das Sozialistengesetz zu Falle brachten, bewirken auch in Oesterreich, daß die Regierung der Arbeiterbewegung gegenüber vielfach nachgiebig, weil sie nachgeben muß. Die Fortschritte der Sozialdemokratie haben auch ihrem begrifflichsten Schädlichen die freilich späte Weisheit eingepaukt, daß ihr bisheriges Vorgehen „überflüssig und schädlich“ sei. Sie steht sich einfach ohnmächtig dem Wachsen der Arbeiterbewegung gegenüber; denn, was sie verbietet, geschieht eben ohne Erlaubnis. Das mag wohl der Grund sein, daß man die Brünnener Konferenz und die Versammlungen der Tischler, Schuhmacher, Drechsler und Hutmacher Oesterreichs, die in den letzten Tagen stattfanden, gänzlich unbehelligt gelassen hat.

Ueber die Verhandlungen selbst werden wir nächstens berichten; heute nur so viel, daß der Grund zu einer das ganze Land umfassenden Organisation gelegt wurde. Wenn diese Gewerkschaftsverbände auch nicht sofort die behördliche Bewilligung erhalten und offiziell funktionieren können, so ist doch eine dauernde und wirksame Verbindung schon jetzt geschaffen, und ihre segensreiche Wirkung wird sich bald zeigen.

Bemerkenswert sei, daß beim Hutmacher- und beim Drechslerstage Genossen aus Deutschland als Gäste anwesend waren, deren thätige Mithilfe bei der Verrichtung der Mithilfe ihrer Erfahrungen sehr gut wirken. Die Anknüpfung und Pflege dieser Beziehungen wird nicht nur den gewerkschaftlichen Interessen beiderseits förderlich sein, sondern auch das Bewußtsein der internationalen Solidarität kräftigen.

Dieser Gedanke kam in einer gefälligen Zusammenkunft am Sonntag Abend, bei welcher die „nichtpolitischen“ Gewerksvereiner als Sozialdemokraten sich zusammen fanden, zu deutlichem und feierlichem Ausdruck.

Lokales.

Ueber die Art der Nahrungsmittel-Kontrolle in Berlin werden von dem gerichtlichen Chemiker Dr. Bischoff folgende Mittheilungen veröffentlicht, die nicht bloß für die Nahrungsmittel-Händler, sondern auch ganz besonders für das große Publikum von Wichtigkeit sind.

Wenn sich in einer so großen Stadt wie Berlin — so schreibt Dr. Bischoff — auch die Entnahme von etwa 350 Proben von verschiedenen Nahrungsmitteln im Monat sehr vereinzelt, so ist doch zu erwägen, daß bei der Einrichtung einer regelmäßigen Kontrolle und bei dem Nichtbekanntsein, an welchen Stellen dieselbe seitens der Behörde wöchentlich zu verschiedenen Malen eingeleitet wird, bald genug im Kreise der Handelswelt das Bewußtsein und die Voranschauung solcher Beaufsichtigung seitens der Behörde sich Eingang verschaffen werden.

Ein jeder Geschäftsmann fragt, wenn unglückliche Motive — die doch glücklicher Weise selten sind — seinen geschäftlichen Grundfahnen nicht fern stehen, nach Möglichkeit selbst für die Aufrechterhaltung seiner Abnehmer. Oft genug verleiten auch Manche wohl falsche Vorpiegelungen und Unkenntniß über die thatsächliche Beschaffenheit seiner Waare zu Ungriffen.

Dr. Bischoff berichtet dann, er habe oft bedauert, wenn er aus den Gerichtsverhandlungen anderer Städte ein, seiner Meinung nach zu strenges Vorgehen der Behörden glauben finden zu müssen. Wie soll der Verkäufer, wenn er im guten Glauben handelt, sich im Einzelfalle über die sachgemäße Beschaffenheit seiner Waare bewußt werden?

Auch in Berlin haben erst Erfahrungen gesammelt werden müssen. Die Anklagenbehörden haben mit Recht auch nach Vorgehen und Konventionen nicht Anklage erhoben, wenn sie das Bestehen des Dolus, des Bewußtseins der Strafbarkeit nicht feststellen konnten. Die Folge davon ist die Schaffung einer für Berlin vielleicht einzig dastehenden Maßnahme in der Handhabung des Nahrungsmittelgesetzes, daß nämlich die Kaufleute, bei denen ein verfallenes oder verdorbenes Nahrungsmittel ange troffen wird, unter Mittheilung über die Beschaffenheit der bei ihnen vorgefundenen Waare und Angabe der Gründe verwahrt werden, eine solche Waare feiner in den Verkehr zu bringen. Ein solches Vorgehen giebt dem Verkäufer Kenntniß von der Unzulässigkeit der Beschaffenheit seiner Waare und berechtigt bei der alsdann regelmäßig erfolgenden und insgeheim ausgeführten Nachkontrolle die Behörde zu dem Antrage bei der Anklagenbehörde: im Falle des Verstoßes gegen die Verwahrung die Wissenhaftigkeit des Verkehrs geltend zu machen und eventuell Fahr lässigkeit zu betonen, wenn von dem gleichen Lieferanten inzwischen etwa andere Waare gleicher Beschaffenheit bezogen worden sein sollte.

Der Verfasser zählt dann eine ganze Reihe von festen und flüssigen Nahrungs- und Genussmitteln auf, die im Laufe der letzten zehn Jahre einer regelmäßigen Untersuchung unterworfen sind.

Es darf wohl nicht als Uebertreibung gelten, so behauptet Dr. B., daß die Mehrzahl aller überhaupt einer Kontrolle unterstellbaren Bedarfsartikel einer Ueberwachung unterlag. Einige der Waaren sind inzwischen aus dem regelmäßig wiederkehrenden Gange der Kontrolle ausgeschieden, weil sich herausgestellt hat, daß einmüthig Arbeit, Zeit und Geld lediglich für Feststellung der Thatsache aufgewendet wird, daß eine Waare unverfälscht im Handel ist.

Das mitgetheilte Verzeichniß der untersuchten Waaren ist folgendes: Mehl, Brot, Gries und Teigwaren; Kaffee, Thee, Kakao, Schokolade, Cichorien und andere Kaffeeurrogate; Zucker und sogenannter Fruchtzucker, Honig, insbesondere auch amerikanischer Honig; Pflaumenmus, grüne Konerven, insbesondere grüne Bohnen, Schoten, Gurken (Coraichons) theils in Büchsen, theils frei verkauft, amerikanische Scheibenäpfel; von Gewürzen: weißer und schwarzer gemahlener Pfeffer, gemahlener Zimmt; Cassia und Cannel, Biment und Gewürznelken, Muskatblüthe, Safran, Moschus und Zitronen-Öl.

Von fetthaltigen Nahrungsmitteln: Butter und Margarine, Schmalz, insbesondere auch amerikanisches Schmalz, Speiseöl, insbesondere Provenceroil, Milch und Käse. Von flüssigen Nahrungs- und Genussmitteln: Wein, Bier, Branntwein und Spirituosen, Fruchtsäfte, insbesondere Himbeer- und Himbeermilch und Himbeerliqueur, Selterswasser und Essig.

Eine eigenthümliche Hebung herrscht seitens der Berliner Polizeibehörden in Bezug auf die aus gesundheitlichen Gründen nicht bewohnbaren Wohnungen. Es wird nämlich dem Mieter der nicht bewohnbaren Wohnung aufgetragen, dieselbe zu räumen; dem Hauswirth wird von dieser Verfügung Kenntniß gegeben, aber es wird ihm nicht das Weitervermieten der Wohnung verboten, wie man doch eigentlich erwarten sollte. Daraus entspringt für die Mieter die Unbequemlichkeit, daß sie in eine Wohnung einziehen, um aus einer Polizeiverfügung zu ersehen, daß sie sofort wieder räumen müssen. Sie können allerdings in einem solchen Falle den Hauswirth in Anspruch nehmen wegen des Schadens, allein die Unbequemlichkeiten, welche das Auffuchen einer neuen Wohnung macht, kann ihnen Niemand ersparen, ganz abgesehen davon, daß die kleinen Leute vor dem gerichtlichen Vorgehen der hohen Kosten wegen sich scheuen. Diese Handhabung der Wohnungs- und Gesundheitspolizei schien uns so seltsam, schreibt die „Post-Ztg.“, daß wir zuerst nicht recht daran glauben wollten, allein in dem Verwaltungsbericht der Berliner Polizei für 1871—1880 finden wir einen Beweis dafür, daß diese Praxis damals gegolten hat und wohl auch heute noch gilt. Es heißt in dem Berichte:

„In allen denjenigen Fällen, in welchen die Räumung von Wohnungen angeordnet werden mußte, wurde früher dem betreffenden Hauseigentümer durch besondere Verfügung die fernere Benutzung oder das Vernehmen der betreffenden Räume zu Wohnzwecken untersagt und demselben im Zuwiderhandlungsfalle eine Strafe von 30 M. angedroht. Zur Festsetzung und Einziehung der angeordneten Strafe ist es nur in vereinzelten Fällen gekommen, wenn aus den ermittelten Umständen zweifellos hervorging, daß der Eigentümer lediglich aus Eigennutz den polizeilichen Anordnungen zuwider handelte. Aber gerade diese Straffestsetzungs-Verfügungen sind in vielen Fällen angegriffen worden, die meisten durch Klage beim königlichen Bezirks-Verwaltungsgericht, wenige durch Beschwerde beim Oberpräsidium der Provinz.“

Es wird dann weiter ausgeführt, daß dadurch Verzögerungen entstanden seien, dann heißt es:

„Um dem Uebelstande einer so bedenklichen Verzögerung zu begegnen, ist in letzter Zeit von einer Strafandrohung oder Straffestsetzung gegen den Vermieter: ...“
„sehen, die Räumungs-Verfügung vielmehr nur an den Mieter erlassen, und dem Eigentümer nur von der an den Mieter erlassenen Räumungsverfügung Kenntniß gegeben worden. Gegen diese einfach: Mittheilung steht dem Eigentümer eine Klage oder Beschwerde nicht zu und hat er im Falle des Ungehorsams nur zu gewärtigen, daß, wenn er die gesundheitswidrigen Räume durch andere Mieter wieder beziehen läßt, diese letzteren, auf die angeordnete Wieder-Anzeige hin, abermals zur Räumung veranlaßt werden.“

Es wird von allen Seiten zugegeben werden, daß diese Handhabung für die Mieter eine sehr ungünstige ist, für die Vermieter eine günstige insofern, als ihnen Polizeistrafen erspart werden. Aber andererseits wird den letzteren das Verwaltungs-Streitverfahren abgeschnitten, welches ihnen durch das Zuständigkeitsgesetz von 1876 eröffnet war und auch durch das neue Gesetz von 1883 gewahrt ist. Daß eine Verzögerung durch das Streitverfahren entsteht, ist ja richtig; allein wenn man den Mieter anweist, die Wohnung zu räumen und gleichzeitig das Weitervermieten verbietet, dann muß man dem Hauswirth auch das Recht geben, den gesundheitlichen Zustand der Wohnungen gerichtlich feststellen zu lassen. Es muß in dieser Beziehung eine Aenderung getroffen werden, ohne daß natürlich die Schnelligkeit des polizeilichen Einschreitens darunter leidet. Ueber die anderweite Einrichtung unserer Gesundheitspolizei, namentlich auch in Bezug auf den gesundheitlichen Zustand der Wohnungen, schweben ja Unterhandlungen; vielleicht zieht man dabei auch diesen Punkt in Erwägung.

Die Regulirung der Stromstraße ist trotz mehrerer Petitionen von Seiten der Anwohner noch nicht in Angriff genommen worden, wie der „Post. Ztg.“ geklagt wird. Da wurde vor kurzem vom Magistrat endlich dieserhalb eine Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet und die Anwohner athmeten auf in der Hoffnung, daß die Regulirung nunmehr erfolgen werde. Hatten sie ja doch sich verpflichtet, das nöthige Terrain unentgeltlich herzugeben und den Bürgersteig selbst zu reguliren, wenn die Stadt die Gassen an der Turmstraße erwerben und reguliren wolle. Gleichwohl wurde die Vorlage abgelehnt. Zwei der Herren Stadtverordneten hatten sich sogar persönlich hinausbegeben und gaben Vertheilung, welche genau dasselbe sind, als wenn man sich Abends von 6—7 Uhr vor irgend einem Gerichtsgebäude hinstellt und nach den zu dieser Zeit ein- und ausgehenden Personen die Lebhaftigkeit des hier herrschenden Verkehrs bestaunt. Die Regulirung wurde also damals abgelehnt und infolge dessen das Angebot der Grundbesitzer zurückgezogen. Heute, nach fast sechs Wochen, sucht die Kanalisationsabteilung von den Besitzern in der Stromstraße die Erlaubniß zu erhalten, das zur Entwässerung nöthige Rohr durch die Vorgärten legen zu dürfen. Da im jetzigen Straßenterrain das Entwässerungsrohr nicht legen kann und die Besitzer infolge der abnehmenden Haltung der Stadt sich hüten werden, die Erlaubniß zu geben, so wird sich die Stadt genöthigt sehen, einen provisorischen Kanal zu bauen, welcher höchst wahrscheinlich ebenso viel kosten wird, wie der zur Zeit der Regulirung erforderliche Grund und Boden. Kostet dann in späteren Jahren der Grund und Boden das Doppelte und Dreifache, so wird die Regulirung doch vorgenommen werden müssen.

Neue Versuche zur Ernährung von Gefangenen haben der Direktor und der Arzt der Strafanstalt zu Moabit, die Herren Dr. Krohne und Dr. Leymann, angestellt und erprobt. Ueber ihre Ergebnisse berichten sie ausführlich in der Berliner Klinischen Wochenschrift. Die Veranlassung bot der Umstand, daß die Zusammenstellung des Speise-Stats in einem unrichtigen Verhältnisse sich befindet: es werden zu große Mengen Kohlenhydrate (677,54 Gramm statt 500) und zu wenig Fett (24,51 Gramm statt 50) gereicht, ferner zu viel vegetabilisches Eiweiß. Die Versuche gingen nun dahin, billige Nährstoffe mit größerem Gehalt an animalischem Eiweiß und billiges Fett zu finden und weiter durch Einschränkung

der Vegetabilien (grobes Roggenbrot und Kartoffeln) die Mittel für Beschaffung dieser Nährstoffe frei zu machen. Bei den Versuchen dürfte der Preis von 20 Pfennigen pro Kopf und Tag nicht überschritten werden. Dreierlei Nährstoffe, abgefahnte Milch, Käse und Hering, boten billiges animalisches Eiweiß in reichlichen Mengen, wobei Käse und Hering gemäß ihrer Beschaffenheit noch Appetit erregten. Als billige Fette kamen Speisestück und Schmalz zur Anwendung. Durch den neuen Speisestück soll der sonst unstillbare Feltthunger anfangen nachzulassen, und der mit der Länge der Fast zunehmende Widerwille ist seltener geworden. Gleichzeitig wurde durch tägliche Gewährung von Kaffee bis zu zehn Gramm ein Appetit erregendes Mittel gewonnen, wobei die beiden Herren vor der Mitbewerzung von Surrogaten warnen. Lebhaft befürwortet wird sodann die Einführung von Fischmehl in den Speise-Stat der Strafanstalten (worüber wir kürzlich bereits berichteten. Red.); für die Zubereitung werden genaue Vorschriften angegeben, auf deren nicht genügende Beachtung die Herren Krohne und Leppmann die an manchen Orten beobachteten Mißerfolge zurückführen. Durch eine wöchentliche Fischmehlnahrung wird dem Gefangenen für billiges Geld acht Gramm animalisches Eiweiß mehr, als sonst bei der günstigsten Zusammenstellung möglich ist, zugeführt, und zwar in so leicht verdaulicher und schmackhafter Form, wie sie bisher noch nicht erreicht ist. Endlich wird die Notwendigkeit einer ausreichenden Würze der Speisen betont. Von weiteren Versuchen mit Kofosnubutter wird dagegen abgerathen.

In den Eingelängeln und an den anderen sogenannten „Sammelpunkten der eleganten Welt“ ist es von je her nicht sonderlich geschnackvoll zugegangen. Der Gesang ist ja in diesen „Kunstinstituten“ zweiten bis siebenten Ranges Lebenssache. Es handelt sich vielmehr nur darum, der „eleganten“ Männerwelt eine Fleischansicht zu bieten, und dazu sollen die Gesang-Aufführungen nur die Gelegenheit und den Deckmantel geben. Aber auch von diesen Instituten verlangt man immer Neues, und da auch hier der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmern ein sehr erbitterter ist, gilt es, wirksame Reklamemittel zu finden und das Neueste immer durch das Allerneueste zu überbieten. Eine Zeit lang half man sich damit, daß man Riesendamen oder Zwerginnen engagierte oder durch irgend ein anderes Schaubudenstück die Anziehungskraft des Eingelängels erhöhte. Dann figelt man einmal die gemeine Sensationslust des Publikums durch die Schaustellung von Frauenzimmern, welche auf irgend eine skandalöse Weise zu einem gewissen Auf gelandet sind, und das sich hauptsächlich aus den „feinsten“ und „gebildetsten“ Kreisen rekurierende Publikum ist geschnackvoll genug, selbst berüchtigten Frauenzimmern, die schon mit dem Zuchthaus in nähere Berührung gekommen sind, Ovationen zu bereiten. Seit einigen Jahren befinden sich unter den „Künstlerinnen“, die sich auf den Brettern, welche die Halbwelt bedeuten, bewundern lassen, auch „Damen“, welche durch ihre hochklingenden Namen das Publikum anlocken. Zur Zeit haben wir in Berlin gar auf einmal zwei wirkliche und wahrhaftige Fürstinnen, welche auf diese Weise den Ruhm ihrer hocharistokratischen Familien vermehren. Und das ist nun ein großes Gaudium für die goldene Jugend, wenn eine Fürstin Pignatelli di Sterchiari u. s. w. auftritt, die Krone im Haar und das Wappen ihrer Familie in das seidene Kleid gestickt. Die Fürstin singt ausgesprochenemäßen zu dem Zwecke, ihre Verwandten zu ärgern, die ihr irgend etwas zu Feinde gethan haben, und diesen Zweck wird sie wohl auch erreichen, denn es können sich auch andere Leute, die glücklicherweise nicht mit ihr verwandt sind, ärgern, wenn diese bejahrte Dame, die gar nicht dazu erschnappt, öffentlich bewundert zu werden, mit affektirter Würde die Bühne betritt und ihre Stimme ertönen läßt. Aber für das allen sensationellen Effekten zugängliche Publikum der Eingelängeln hat es doch einen eigenen pikanten Reiz, gerade eine veritable Fürstin an einem solchen Orte singen zu hören oder den Taktstock führen zu sehen. Und wer liberale Anwandlungen hat, mag vielleicht auch einige Genugthuung über die Thatsache empfinden, daß in unserer fortgeschrittenen Zeit jedermann für einige Groschen das Recht erwerben kann, sich von einer echten Fürstin etwas vormachen zu lassen. Wer so denkt, giebt freilich damit, wenn auch gegen seinen Willen, zu, daß er die Anschauung, welche den Adel als eine höhere Menschengattung betrachtet, noch keineswegs überwunden hat. Denn wenn die Fürstin Pignatelli nicht eben eine Fürstin von Geblüt wäre, und wenn nicht im Allgemeinen das fürstliche Blut ein ganz besonderer Saft wäre, worin könnte dann noch der pikante Urreiz liegen, welchen die Fürstin Pignatelli in den Augen dieser Eingelängeln besucher vor den vielleicht viel hübscheren und viel besser singenden Fräulein Müller und Schulse voraus hat? Aber der Zuprefario kennt sein Publikum schon. Er weiß recht wohl, daß alle diejenigen, welche über die „Ferschtin“ pöbelhafte Witze machen und an ihr durch Nadau und Zwischenrufe ihr Mäthchen lähnen, im Grunde des Herzens doch großen Respekt vor der Krone und dem Wappen haben, und daß eben durch diesen Widerspruch jener Hautgout erzeugt wird, welcher dem Auftreten der Fürstin seinen Reiz verleiht. Einem wirklichen Demokraten sind die Titel einer Fürstin Pignatelli ebenso gleichgültig, ob sie auf einem Throne sitzt, oder ob sie im Eingelängeln singt, der Pöbel aber rächt sich durch seine Witze über die Eingelängelnfängerin dafür, daß er sich ihr unter anderen Umständen nicht ebenbürtig fühlen dürfte. Nun, uns geht das weiter nichts an, an welchen Pikanterien sich die goldene Jugend ergötzt. Wir haben keinen Grund, es zu bedauern, daß Mitglieder hochadliger Familien äußerlich auf ein so tiefes Niveau herabsinken, aber wir haben auch keinen Anlaß, die Gesunkenen wegen ihrer Herkunft zu verhöhnen. Wie wir die Standesgenossen der Fürstin Pignatelli nicht deswegen hoch achten, weil sie in der Lage sind, von ihren ererbten Gütern standesgemäß und ohne Arbeit zu leben, so ist uns die Fürstin Pignatelli darum nicht schlechter, weil sie sich nicht in jener Lage befindet. Sehr tragisch freilich kommt uns eine Person auch nicht vor, die mit ihrer Herkunft Kellame macht, um sich dadurch in einem nicht besonders anständigen Beruf ihr Brot zu verdienen. Das eben ist ja das Bigarre und häßliche an dieser Schaustellung, daß die Fürstin trotz alledem mit ihren fürstlichen Attributen parodirt und noch immer eine Ausnahmestellung einnehmen wähnt. Immerhin wirkt auch ein solcher Vorgang aufklärend über den wahren Werth, welcher dem Geburtsadel innewohnt.

Das Vater und Sohn gleichzeitig die Schule besuchen, ist gegenwärtig in Berlin der Fall. Auf einem hiesigen im Centrum der Stadt gelegenen Gymnasium macht ein 23-jähriger Mann sein Abiturienten-Examen, während sein 6-jähriges Söhnchen die untersten Vorlesungen der betreffenden Lehranstalt besucht. Herr S., der früher Procurist eines hiesigen Bankhauses war, ist durch eine bedeutende Erbschaft in den Stand gesetzt, seinem Lieblingswunsche, Medizin zu studiren, nachzukommen. — Um jedoch später das Staatsexamen machen zu können, muß S. die Abiturientenreise erlangen, was er als Extraneeer des betreffenden Gymnasiums auch versucht. So kommt es, daß Vater und Sohn, die Bächermappe unterm Arm, jetzt gewissenhaft oben genannte Lehranstalt besuchen.

Das Gerücht von einem blutigen Verbrechen, begangen auf einem Zuge der Nordbahn, verbreitete sich gestern früh im Norden unserer Stadt. Nach unseren sofort angestellten Ermittlungen liegt hier kein Verbrechen vor, vielmehr handelt es sich um einen Unglücksfall, der aber sehr leicht mit dem Tode des betreffenden Verlehten hätte enden können, weil der Verunglückte nahezu eine volle Stunde hilflos, stark blutend und bewusstlos auf dem Perron des Bahnhofes der Nordbahn Pantow gelegen hat. Der 23-jährige, in einem hiesigen Bankgeschäft angestellte Buchhalter Hans Eöhr, welcher in Pantow in der Florastraße bei seinen Eltern wohnt, fährt allabendlich vom Stettiner Bahnhof aus nach obigem Vorort, und hatte auch vorgestern Abend um 9 Uhr den betreffenden Nordbahnzug benutzt. Vermuthlich hat Herr E. beim Eintreffen des Zuges im Pantower Bahnhof zu lange im Koupee gesäumt und ist sodann von dem wieder in Fahrt befindlichen Zug heruntergesprungen. Hierbei muß

der Unvorsichtige wohl rücklings an der Bordschwelle des Perrons zu Boden geschlagen sein, so daß er bewusstlos mit flatterndem Kopfwunde und Gehirnerschütterung, wie sich später herausstellte, daselbst liegen blieb. Der einzige auf diesem Bahnhofe stationirte Beamte hatte bei der herrschenden Dunkelheit von dem Vorgange ebenförmig etwas bemerkt, wie das Zugpersonal, und erst als der um 10 Uhr 20 Minuten Nacht auf dem Stettiner Bahnhofe eintreffende Zug Pantow passirte, fanden aussteigende Passagiere den St. im Blute schwimmend. In einem Güterwagen wurde nunmehr der Verlehte nach Berlin geschafft und sofort mittelst Krankenwagens nach der Königl. Klinik in der Biegelstraße überführt.

Ein Unglücksfall durch Heberfahren ereignete sich gestern Abend kurz nach 7 Uhr an der Ecke der Prinzen- und Annenstrasse. Ein Kohlenwagen kam um diese Zeit in tollster Karriere die Annenstrasse heraufgefahren. Bei der Kreuzung der Prinzenstrasse wurde ein Mann, noch ehe er ausweichen konnte, zu Boden geworfen und überfahren. Als der Kutscher dies bemerkte, trieb er die Pferde zu noch schnellerem Laufen an. Ein Schuhmann warf sich in eine Droschke und fuhr hinterher. Nun braute die wilde Jagd die Annenstrasse, über den Kaiser-Franz-Granadier-Platz und das Engel-Ufer entlang, bis die Pferde endlich in der Köpferstrasse gestellt wurden. Der Kutscher wurde nach der in der Meliorstrasse gelegenen Polizeiwache geführt.

Polizeibericht. Als in der Nacht vom 11. d. M. der Student der Musik Rhodes in seiner Wohnung, Platz vor dem Neuen Thor 1a, einen Revolver auseinandernehmen wollte, entlud sich eine noch darin befindliche Patrone und traf ihn an der Stirn, wo die Kugel stecken blieb. — Am 11. Morgens wurden die Pferde eines an der Ecke der Frieden- und Ballisadenstrasse haltenden Bauernwagens scheu und liefen die Ballisadenstrasse entlang. Bei dem Versuche, die Pferde aufzuhalten, gerieth der Kutscher Vorkmann unter die Räder des Wagens und erlitt anscheinend nicht unbedeutende innere Verletzungen. Am 11. d. M. fanden vier kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Als eine durchtriebene Gannerin entpuppte sich die erst 22-jährige Marie Wille, welche gestern wegen schweren Diebstahls, Urkundenfälschung und wegen einer ganzen Reihe Betrügereien der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Die Angeklagte, die ein entsprechendes Aeußere und eine gute Bildung besitzt, hat außerhalb schon mehrere Stellen als Erziehlerin bekleidet. Im vorigen Herbst wurde sie Modellstecherin; drei Monate lang ging sie bei einem hiesigen Bildhauer aus und ein. Eines Tages fand sie Gelegenheit, dessen Wohnzimmer zu betreten. Bei einer Durchsichung des unbeaufsichtigten Raumes entdeckte sie in dem offenen Schreibtisch eine kleine Metallkassette. Sie löste die Charniere mit Gewalt und entnahm dem Inhalte einen Check über 1200 M., welcher auf das Bankhaus Vorhardt angewiesen war. Der Diebstahl wurde erst entdeckt, als der Bestohlene von dem Bankhause die Anzeige von der Abhebung des Guthabens erhielt. Die Angeklagte hatte bei der ersten Vorgehung des Checks die Weisung erhalten, daß sie erst mit einer genügenden Legitimation versehen sein müsse, bevor sie das Geld erheben könne. Sie fälschte einen Brief mit dem Namen des Bestohlenen, in welchem sie als dessen Schwester bezeichnet wurde. Im Besitz des vielen Geldes begann die Angeklagte ein tolles Leben. Als die Mittel auf die Feige gingen, sann die Angeklagte auf Ertrag. Beim Kaufmann Wolffsohn bestellte sie für 3000 M. Wäschegegenstände, als die Lieferung aber erfolglos sollte, war die Bestellerin bereits aus dem Hotel, in dem sie sich einige Zeit aufgehalten, mit Hinterlassung von Schulden verschwunden. Einen nicht minder großartigen Betrugsversuch setzte die Schwünderin gegen den Juwelier Rosenthal in Szene. Sie gab sich für die Tochter eines reichen Industriellen in Kassel aus, welche im Auftrage ihres Vaters verschiedene Schmuckstücke ausfinden sollte, die zur Auswanderung nach Kassel geschickt werden sollten. Da sie sofort einige „Kleinigkeiten“ zum Gesamtbetrage von 300 M. für sich entnahm und haar behalt, so schöpfte der Juwelier keinen Verdacht und sandte die Waaren unter der angegebenen Adresse nach Kassel. Zum Gluck für den Geschäftsmann wurde die Angeklagte verhaftet, bevor sie nach Kassel reisen konnte, um die Früchte ihres Betruges zu ernten. Es meldete sich noch eine ganze Reihe Personen, welche durch die Angeklagte geschädigt worden waren. In einem Silberwaarengeschäft hatte sie ein hochgelegantes Reisefläschchen bestellt und sämmtlich darin enthaltenen Gegenstände mit ihrem Monogramm versehen lassen. Im Verhandlungstermine leugnete die Angeklagte rüdweg Alles ab, zum Erkennen des Bildhauers bestritt sie sogar, daß sie mit der Modellstecherin identisch sei. Auch nicht ein einziger der vielen Zeugen hielt eine Personenverwechslung für möglich. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt Dr. Stephan der Ansicht, daß es bei der Gemeingefährlichkeit der Schwünderin verheißt sei, ihr mildernde Umstände zu bewilligen, das Urtheil lautete daher auf drei Jahre Zuchthaus und dreijährigen Ehrverlust.

Ein komisches Ankrich hatte eine Verhandlung wegen Heirathschwindels, welche gestern die dritte Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Ende Juni enthielt der „Fokal-Anzeiger“ die Annonce, daß ein älterer adeliger Herr mit 4000 M. Gehalt eine Lebensgefährtin mit 3000 M. Vermögen suche. Das Gesuch kam auch der 47-jährigen Wittve J., die in einem Keller ein kleines Vorhofgeschäft betrieb, zu Gesicht. Sie hielt sich für geeignet, die Stelle der gewünschten Lebensgefährtin auszufüllen und gab deshalb ihre Adresse ab. Nach wenigen Tagen erschien in der Dämmerstunde ein hochgewachsener Herr in ihrer bescheidenen Wohnung, der sich als der Verfasser der Heiraths-Annonce vorstellte. Die von ihm abgegebene Visitenkarte trug den Namen „Georg von Horn“. Er machte über seine persönlichen Verhältnisse so wunderbare Angaben, daß die Richter Wähe hatten, ernst zu bleiben, als die Zeugin J. sie in der Verhandlung wiedergab. Der Heiraths-Landbat erzählte, daß er Oberleutnant im persönlichen Dienste des Kaisers sei und im kaiserlichen Schlosse drei Zimmer inne habe. Der Kaiser wünsche, daß er sich wieder verheirathe und deshalb habe er den nicht ungewöhnlichen Weg der Annonce betreten. Seine erste Frau sei Untabesigerin gewesen, seine Tochter aus erster Ehe mündig geworden und müsse er derselben sehr deren Erbtheil in Höhe von 3000 Mark auszahlen. Zu diesem Zwecke müsse er bei der neuen Heirath auf etwas Vermögen sehen. Frau J. war entsetzt von diesen Mittheilungen und freute sich, daß sie ihren dumpfen Keller mit den Räumen im Schlosse vertauschen solle. Es bedurste nur weniger Worte, bis das Paar einig wurde. Frau J. führte den Gast in die beste Stube und während dieser auf dem Sopha saß, zahlte sie ihm 800 Mark baares Geld vor, die sie im Schrank aufbewahrt hatte. Die Augen des Herrn Ober-Telegraphisten leuchteten. Frau J. war aber eine vorsichtige Frau, sie strich das Geld wieder ein und verschloß es in den Schrank. Wenn die Angaben des Heiraths-Landbaten sich bewahrheiteten, so sollte er das Geld haben. Nach wenigen Augenblicken bat der Gast um ein Glas Wasser. Frau J. wollte sich nobel zeigen, sie holte eigenhändig Bier aus dem Keller, während der Gast allein in der Stube blieb. Nachdem der „Bräutigam“ sich gelabt, entfernte er sich. Vorher bat er Frau J. aber um ihren Trauring, den er zu der Verlobung, die am folgenden Abend stattfinden sollte, mit anderen Buchstaben versehen lassen wollte. Auch erhielt er auf sein Bitten noch eine goldene Uhr geborgt, da die seine augenblicklich verunglückt sei. Als der Gast sich entfernte, hatte Frau J. bei ihrem Schrank zu thun. Sie fand ihn erbrochen und des Geldes beraubt. Jetzt wußte Frau J., welche Bewandniß es mit dem Herrn von Horn hatte. Die Polizei hat denselben bald ermittelt. Es war der Mühlenbauer Hermann Carl Schnitzer, ein Mensch, der außer vielen Gefängnis-

strafen nicht weniger wie 11 Jahre Zuchthaus hinter sich hat. Gestern verurtheilte der Gerichtshof den unverbeßlichen Schwindler zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und 500 M. Geldstrafe oder noch 50 Tage Zuchthaus.

Eine unfähige Krückerin, die der 44-jährige Selma August Reglin einem auf der Straßenspielen den Wüthenden von zwölf Jahren zugerufen, hat demselben eine Anklage wegen groben Unfugs und durch schöffengerichtliches Erkenntnis am 14-tägigen Haftstrafe zugezogen. Der Verurtheilte legte Vertheidigung ein und im gestrigen Termine vor der zweiten Instanz trat er mit der Behauptung hervor, daß jene Krückerin nicht dem Kinde, sondern seinem neben ihm gehenden Kollegen gegolte habe. Diese Angabe stellte sich schon um deshalb als unrichtig heraus, weil die Belastungsgewinnen übereinstimmend bezeugten, daß der Angeklagte der unfähigen Krückerin die Bemerkung vorangeschickt habe: „Du bist ja ein hübsches Mädchen.“ Der Gerichtshof bebauerte mit dem Staatsanwalt Unger, daß die Strafthat der Angeklagten sich nicht von einem härteren Gesichtspunkte, als wie dem des groben Unfugs habe beurtheilen lassen und daß die Staatsanwaltschaft nicht ebenfalls Verurteilung eingeleitet hätte, denn würde die zweite Instanz auf die höchste zulässige Strafe erkannt haben. So sei es zu bebauern, daß der Angeklagte mit einer vierzehntägigen Haftstrafe davon kommen müsse.

Zwifigkeiten innerhalb der freireligiösen Gemeinde hatten eine Privatklage des Privatiers Herschleyp gegen den Apotheker Friederici gezeitigt, welche kürzlich die Berufungskammer des hiesigen Landgerichts I beschäftigte. In einer Versammlung der freireligiösen Gemeinde am 6. Januar 1890 wurde über die Neuwahl des Vorstandes berathen und bei dieser Gelegenheit sprach sich der Privatkläger gegen die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes aus. Er erklärte, daß er Personen, welche schon 1888 von Unterschlagungen zum Schaden der Vereinskasse Kenntnis gehabt und dieselben vertuscht haben, nicht wählen könne. Auf das Ersuchen, Namen zu nennen, hat er dann den Vorsitzenden der Gemeinde genannt und behauptet, daß die Pflichtwidrigkeit desselben die Unterschlagungen des Vereinskassiers, Porzellanmalers Suter, ermöglicht habe und daß er daran theilhaft sei. Friederici schiederte dem Redner damals das Wort „Verleumder“ entgegen, welches nun den Grund der Privatklage bildet. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten Friederici auch für schuldig erachtet und denselben 90 M. Geldbuße event. 8 Tagen Gefängnis verurtheilt. Das Schöffengericht war der Meinung, daß der Privatkläger die Bezeichnung als „Verleumder“ nicht verdiene, da derselbe nur das angeprochen habe, was von seinem Standpunkte aus und nach der allgemeinen Sachlage als berechtigt erschien. In den Jahren 1887 bis 1889 seien bei der Verwaltung der freireligiösen Gemeinde Vereinstretungen vorgekommen, welche den Rentamt Suter 5000 M. Defekte gemacht hätten. Es sei erwiesen, daß der Kassirer, trotzdem unkorrekte Kassensführung dem Vorsitzenden des Vereins kaum verborgen bleiben konnte, noch einen Depositionsbogen von 2500 M. zur Abhebung eines Papiers von der Reichsbank erhalten habe. Der Beklagte Friederici habe zwar die Sache in der Verhandlung, daß ihn die Kassensführung gar nichts angehe, der Gerichtshof habe aber diese Ansicht nicht zu theilen vermocht, sondern angenommen, daß der Vorsitzende eines solchen Vereins seine Pflicht nicht erfüllen würde, wenn ihm solche Dinge verborgen bleiben könnten. — In dem letzten Termine erklärte Friederici wiederum, daß er in keiner Weise sich einer Pflichtwidrigkeit bewußt sei, da es ja gar nicht in seiner Pflicht liege, für seine Person allein die Reichsbank zur Herausgabe eines Depots zu veranlassen, dazu vielmehr auch noch andere Personen gehören. Es habe sich nachweislich auch nur um den Umstand von Werthpapieren gehandelt und seien die Buchungen darüber durchaus ordnungsgemäß vor sich gegangen. Der Privatkläger sei seitens dabei stehen, daß nach der wirklichen Sachlage der Herr Friederici die Unterschlagungen des Suter aus den Jahren 1887 und 1888 unmöglich verborgen bleiben konnten. Der Meinung ist auch einer der Kassensrevisoren gewesen, welche Zeuge vernommen worden ist. Herr Herschleyp stellte sich während der Verhandlung auf den Standpunkt, daß Friederici den Depositionsbogen unredlicher Weise an Suter ausgeliefert habe, um die Defekte zu verdecken, während Friederici behauptet, die Auslieferung des Scheines auf Befehl des Vorstandes erfolgt sei. — Das Berufungsgericht hob das erste Urtheil auf und sprach den Angeklagten Friederici frei, indem es annahm, daß die Unterstellung des Klägers eine schwere Beleidigung liege, die Behauptung desselben nicht erwiesen sei und Friederici deshalb nur eine ihm angehangene Beleidigung auf der Stelle erwidert habe. Sämmtliche Kosten wurden dem Kläger auferlegt.

Leipzig, 12. September. Im Prozesse gegen den Schwindler Mann in Berlin, welcher wegen Mordes zum Tode verurtheilt wurde, ist die eingewendete Revision vom Reichsgerichte verworfen worden.

Veranstaltungen.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Glasergesellen Berlins und Umgegend fand am 6. September in Gradowitz Bierhallen statt mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn W. Werner. 2. Stellungnahme zum außerordentlichen Verbandstage der Glasergesellen Deutschlands am 22. September zu Hannover, event. Wahl von Delegirten. 3. Verschiedenes.

Der Vortragende erwiderte sich seines Referats zur Zufriedenheit und ersterte dafür langanhaltenden Beifall. Von einer Auffassung des Vortrages wurde Abstand genommen.

Bei Punkt 2 verlas Kollege Stampehl die Einladung zum Verbandstage, die Seitens des Vorstandes des Verbandes deutscher Glasergesellen an die Berliner Glaser ergangen war und führte aus, daß es entschieden besser wäre, wenn die Berliner Glasergesellen sich der Zentralorganisation anschließen würden, um dadurch eher eine Verbesserung der Lage zu erwirken, als wenn sie sich der Zentralorganisation neutral gegenüberstellten. Es wurde besonders betont, daß es besser wäre, wenn die beiden jetzt in Deutschland bestehenden Verbände in einen aufgingen und daß die Berliner Delegirten mit der Wählung abzusehen seien, für das Stärken des jetzt bestehenden Berliner gläser-Verbandes und für den Anschluß an den bestehenden Rahmenmacher-Verband einzutreten. Da sämmtliche Redner der Meinung waren, daß eine Zentralorganisation das Beste für uns sei, wurde zur Wahl der Delegirten geschritten und selb die Wahl auf die Kollegen Marzon, Hänike und Stampehl.

Bei Punkt 3, Verschiedenes, wurde dem Delegirten der Berliner Glasergesellen der Berliner Streik-Kontrollkommission der Vorwurf gemacht, daß er die Versammlungen dieser Kommission einzeln Male nicht besucht habe und wurde darauf hingewiesen, daß wenn er sich dieses noch einmal zu Schulden kommen lasse, sofort ein anderer gewählt würde. Der Delegirte, der amnestisch war, bat um Entschuldigung und gab das Versprechen, daß er sich in Zukunft nichts mehr zu Schulden kommen lassen wolle, worauf sich dann auch die Versammlung zufrieden gab. Ferner wurde die Resolution des 10. deutschen Glasertages in Bremen einer Kritik unterzogen und wurde betont, daß dieselbe nicht im Stande wäre, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute am 6. September 1890 in Gradowitz Bierhallen tagende öffentliche Versammlung der Glasergesellen Berlins und Umgegend faßt folgende Resolution:

Die Berliner Glasergesellen können in der auf dem 10. deutschen Glasertage in Bremen gefaßten Resolution nicht das Mittel erkennen, um zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein friedfertiges sowie gedeihliches Ver-

hältniß herzustellen und protestieren sie gegen diese ebenso provozierende als Ungeheuerliche bezweckende Resolution, verzichten gerne auf etwaigen belehrenden Einfluß und würden statt dessen eine Lohn-erhöhung vorziehen. Sollten die Berliner Glas-erweiterer gegen die Führer der hiesigen Organisation so vor-gehen, wie die Resolution besagt, so würden sich sämtliche Berliner Glasergesellen mit ihren Führern solidarisch er-klären.

Ferner verpflichten sich die Berliner Glasergesellen, den neu errichteten Arbeitsnachweis der Glasergesellschaft Berlins und Umgegend zu benutzen und nicht den parteiisch ge-führten Arbeitsnachweis der hiesigen Innung.

Ihre Ansichten über die hiesige Innungs-Krankenkasse erörtern sich die Berliner Glasergesellen bis zur nächsten Generalversammlung der Krankenkasse.

Hiermit schloß der Vorsitzende um 12 1/2 Uhr Nachts die Ver-sammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiter-bewegung.

Der Verband deutscher Mechaniker und verwandten Berufsge nossen hielt am 8. September eine Mitglieder-versammlung ab. In derselben sprach Kollege Trittelwitz über die am 1. Oktober beginnende „neue Ära“. Wie Redner aus-sähe, werden wohl die Hoffnungen, welche die Arbeiter auf diesen Zeitpunkt gesetzt haben, leider nicht in Erfüllung gehen. Denn wie schon jetzt zu übersehen, wird die neue Ära dem Ar-beiter weniger bieten, als es die alte getan hat. Wenn auch das Sozialistengesetz fällt, so ist dafür ein würdiger Ersatz in der Form von Strafgesetzen bereits vorhanden, welche es jedem Arbeiter, wenn er nicht gewillt ist, hinter Gittern zu stehen über Freiheit und Recht nachzudenken, unmöglich machen, für seine ge-rechte Sache zu agitieren. Redner wies sodann auf die immer mehr hervortretenden Vereinigungen der Arbeitgeber hin. Die Zwecke derselben, die vollständige Unterdrückung des Arbeiters, die Aufzwingung von jeder freieren Regelung widersprechenden Fabrikordnungen machen es hier dem Arbeiter zur Pflicht, den großen Organisationen der Arbeitgeber noch größere und stärkere Organisationen von Arbeitnehmern entgegen-zusetzen. Nach Beendigung des ebenfalls aufgenommenen Vortrags verließ der Vorsitzende das endgültige Resultat der Delegierten-wahl zum diesjährigen Verbandstag. Sodann fand eine Erör-terung zur Zwölfer-Kommission ihre Erledigung; ferner fand eine Resolution, in welcher die Sonntagstrübe in kaufmännischen Be-trieben beschränkt wurde, volle Zustimmung der Versammlung. Es wurde sodann berichtet, daß die Gehilfen der Firma Sauerberg in Friedenau versucht haben, die Vertreter der Gehilfen, welche auf öffentlicher Versammlung zur Ortskommission gewählt worden sind, in Mißkredit zu bringen. In wieviel-herbei Herr Sauerberg selbst beteiligt ist, konnte leider nicht fest-gestellt werden, da nur ein Gehilfe, welcher erst wenige Wochen bei der Firma beschäftigt ist, anwesend war. In der nächsten öffentlichen Versammlung dürfte dieser Fall jedoch mehr auf-geklärt werden.

Sodann wurden nochmals alle diejenigen, welche Streiklisten in Händen haben, aufgefordert, dieselben abzuliefern, damit die Abrechnung ermöglicht wird. Herr Starke berichtet sodann über die Streiks der Hutmacher und bat bei Bedarf auf die Kontrol-lkarte der Hutmacher möglichst achten zu wollen.

Eine öffentliche Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher und chirurgischer Instrumenten-macher Berlins und Umgegend tagte am Freitag in May's Hofsalon. Nachdem die Herren Thoma, Bultsch und Bäder in das Bureau gewählt worden waren, referierte Kollege Pinn zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zur Beschickung des Bremer Mechanikertages und wie zu dem in Wiesbaden statt-findenden Kongreß der Mechaniker Deutschlands?“ Redner be-tonte, daß infolge der nun 5 Jahre alten Organisation der Mechaniker Deutschlands die Prinzipale schon im vorigen Jahre in Heidelberg sich genötigt sahen, zu der Gehilfenfrage Stellung zu nehmen. Trozdem die Berliner Gehilfen aber dort in un-genügender Weise vertreten waren, ist es doch schon möglich ge-wesen, die Beschlüsse der aus dem Heidelberger Mechanikertag hervorgegangenen Konferenz von Vertretern der Prinzipale und Gehilfen Deutschlands in Jena für Berlin zum größten Teil durchzuführen, ja sogar auf dem Boden der örtlichen Vereinbarungen weitere Fortschritte zu erreichen. Diesen Vereinbarungen die größte Ausbreitung auch im übrigen Deutsch-land zu verschaffen, dazu gebe der Wiesbadener Kongreß Gelegen-heit, welcher eine einheitliche Organisation anzustreben zum Zweck habe. Redner empfahl deshalb die Beschickung des Bremer Mechanikertages und des Wiesbadener Kongresses. In der Dis-kussion sprachen sich sämtliche Redner für die Beschickung bei-der Kongresse aus. Es wurde deshalb beschlossen, Kollegen Pinn dem Bremer Mechanikertag und aus praktischen Gründen den-selben nebst Kollegen Schönemann nach Wiesbaden zu delegieren. Zur Anbringung der Delegiertenkosten, die durch Bonds vor-genommen werden soll, wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren Bultsch, Bäder, Riendorf, Käha und Richter gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde von einem Mitgliede der Orts-kommission darauf hingewiesen, daß das gute Gelingen der dies-jährigen Kommission sehr im Verschwinden begriffen sei, daß man bereits anfangs, zu einem Wahlmodus für diese Kommission zu greifen, der der modernen Arbeiterbewegung durchaus entgegen-stehe und es deshalb fraglich erscheine, ob unter diesen Umständen wieder eine solche Kommission zu Stande käme. Von Kollegen der Baumberg'schen Werkstatt in Friedenau solle die Erklärung abgegeben werden sein, daß sie für das indirekte Wahlsystem zu-läufig einzutreten gedächten. Diefelben wurden aufgefordert, sich in der Versammlung dazu zu äußern. Sie bezeugten jedoch, daß in der genannten Werkstatt dieser Wunsch durchaus nicht gefallen sei, daß daher diese Erklärung der Arbeitgeber vollständig aus-der Luft gegriffen sei. Die Versammlung beauftragte deshalb ihre Vertreter in der Ortskommission, über diese Angelegenheit die nötige Aufklärung zu schaffen und später darüber zu berichten. Zum Schluß wurde ein Antrag, den eventuellen Uebererschuß der heutigen Tagessammlung der Berliner Streik-Kontrollkommission zu überweisen, angenommen. In seinem Schlusswort forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, rege für die Organisation zu agitieren und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Der Verband der Möbelpolier Berlins und Um-gegend hatte zum Montag, den 8. d. M., in Südosten in der Mariannenstr. 22 eine Versammlung einberufen mit der Tages-ordnung: 1. Vortrag des Herrn Witt über Arbeiter-Organisationen und Unternehmerkoalitionen. 2. Diskussion. 3. Die Beteiligung der Kollegen der geschweigten Branche am Verband und am Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes. — Da die Versamm-lung jedoch sehr schwach besetzt war, so waren verschiedene der-selben nach der in Sanssouci stattfindenden Versammlung sämtlicher in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter hinüber-zugehen. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte und die oben angeführte Tagesordnung verlesen, stellte er die Frage, ob die Versammlung heute hier tagen soll oder nicht. Der erste Redner war dafür, die weiteren jedoch dagegen. Die Versammlung beschloß in diesem Sinne. Der Vorsitzende machte dann noch bekannt, daß die nächste Versammlung im Norden, Brunnensstr. 88 bei Nacht, mit einem Vortrag des Herrn Voght über „Bellamy's Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887“ stattfinden. Der Herr Schriftführer demerkt hierzu noch: Es ist eine überaus traurige Tatsache, daß die Kollegen des Südostens den Verband vollständig ignorieren und thun, als ob derselbe gar keinen Zweck hätte. Und gerade die Kollegen des Südostens hätten es wohl am ersten notwendig, sich der Or-ganisation anzuschließen, indem in der dortigen Gegend noch überaus traurige Verhältnisse herrschen. Die Kollegen sind noch zu sehr verknüpft, aber es wird auch ihre Zeit kommen, wo sie einsehen lernen werden, wie weit sie zurück sind.

Eine Versammlung des Fachvereins der Metall-schrauber, Facenderher und Berufsge nossen tagte am Sonntag, den 7. d. M., in Döberstein's Restaurant mit folgender Tagesordnung: 1. Die Taktik unserer ferneren Organisation. 2. Ausschluß über die Vermögensverhältnisse des Vereins. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Thate die Errungenschaften unserer Organisation und be-dauerte, daß nach dem verlorenen Streik sich so viele Kollegen der Organisation fern halten. Es sei Pflicht eines jeden Kollegen, nach wie vor Mitglied zu bleiben, wenn auch die den Fabrikanten gegebene Unterchrist, daß man dem Fachverein nicht angehö-re, viele an einem öffentlichen Auftreten hindere, so müsse doch ein Jeder agitieren, um bei einer günstigeren Geschäftslage energisch gegen die Uebergriffe der Kapitalisten Front zu machen. Kollege Gühow betonte, daß nach Ablauf des Sozialistengesetzes die Kapitalisten sich enger aneinander schließen würden, es also Pflicht der Arbeiter sei, den Fabrikanten eine Macht entgegen zu stellen, an welcher alle Unterdrückungsversuche scheitern. Daß die kleinen Organisationen den jetzigen Verhältnissen nicht angemessen sind, haben die verlorenen Streiks bewiesen, wie die Organisationen sich später gestalten werden, darüber werde der demnächstige Ge-werkschaftskongreß Klärung schaffen. Nachdem noch die Kollegen Treuberg und Boigt zur regen Agitation aufgefordert, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung verpflichtet sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für Stär-kung der Organisation, sowie Ausbringung von Geldmitteln Sorge zu tragen und beauftragt den Vorstand, eine rege Werkschlag- agitation vorzunehmen, um die fernliegenden Kollegen heranzuziehen. Zum zweiten Punkt berichtete Kollege Thate, daß die Klassenver-hältnisse ungünstige seien und noch eine gewaltige Schuldenlast für Rechtsanwaltskosten, Drucksachen an Maurer, Werner u. Ko., Inzerate an das „Berliner Volksblatt“ u. s. w., u. s. w. zu tilgen ist. Gefreulicher Weise ist die Beteiligung an den freiwilligen Sammlungen sehr rege, so daß an eine baldige Regelung gedacht werden kann. Zum Schluß verlas Kollege Thate ein Schreiben der Hamburger Kollegen, welche sich wegen Lohnunterschieden bei der Firma Reddihn und Ko. in Streit be-finden. Verschiedene Redner rügten das Verhalten der Ham-burger Kollegen bei unserem diesjährigen Streik, da sie auf unser Schriftstück betreffs Unterstützung und nicht einer Antwort ge-würdigt haben. Es wurde aber beschlossen, nicht Gleiches mit Gleichem zu vergeben, sondern soviel in unseren Kräften steht, für die Hamburger einzutreten. — Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei folgenden Kollegen und werden daselbst Beiträge Montag, Mittwoch und Freitag Abends von 7—8 Uhr entgegen genommen:

- G. Voigtländer, Mantuffelstr. 46, v. 1 Tr.
- G. Magnus, Mantuffelstr. 22, S. 3 Tr.
- G. Linke, Bachmannstr. 4.
- R. Klose, Grenzstr. 6, v. 5 Tr.
- R. Thate, Wapmannstr. 31.

Die Wötcher Berlins, vereinigt im Zentralverein der deutschen Wötcher, tagten am Sonntag, den 7. Septbr., in Heise's Salon, Dichtbergerstr. 21, mit folgender Tagesordnung: 1. Ab-rechnung vom Streik. 2. Abrechnung der auf Sammellisten ein-gegangenen Beiträge bis zur Einführung des Markenstempels. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Robert Neumann, eröffnete die vollbesetzte Versammlung gegen 1/2 12 Uhr. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde unbeanstandet an-genommen. Anknüpfend an dasselbe, erklärte der Vorsitzende, daß es infolge der jetzigen häufigen Versammlungen von Seiten des Zentralvereins, sowie der Zentralkrankenkasse, welche in Bezug auf die bevorstehende Generalversammlung in Hannover stattfinden müßten, unmöglich war, eine Erörterungsversammlung einzuberufen, in welcher die verschiedenen Mißstände in einzelnen Werkstellen, wie sich solche immer nach Beendigung eines Streiks sichtbar machen, geregelt werden sollen, stellte aber eine solche Versammlung in nächster Zeit in Aussicht. Der Kassierer der Lohnkommission ver-las hierauf die Einnahmen, welche von den hiesigen Mitgliedern eingegangen sind. Diefelben ergaben ein sehr günstiges Bild von dem Solidaritätsgefühl der hiesigen Kollegen. Da nur die Bier- und Pilsenermacher zum Streik gezwungen waren, waren die in den hiesigen Großbrauereien beschäftigten Kollegen ge-nötigt, ihre darübenden Genossen mit schweren Opfern zu unterstützen. — Die Verlesung der auf die aus-gegebenen Sammellisten eingegangenen Gelder illustrierte die Opferwilligkeit der angeklärten Arbeiter der ver-schiedensten Branchen in Berlin. Die Unterstützung von Seiten unserer Kollegen in anderen Städten Deutschlands war sehr spärlich gesessen, was sich daraus erklärt, daß einige der größeren Städte selbst in Vorbereitungen zu Krisenständen standen und andere wieder zu wenig organisiert waren. Von einem spezialisierten Druck der Abrechnung wurde von den meisten Rednern abgesehen, da derselbe, durch die Veröffentlichung der verschiedenen Unterstützungen sowie Beiträge leicht zu persönlichen Reibereien führen könnte, welche unserer so sehr nötigen Eintigkeit nur Schaden kann. Die Lohn-kommission vertreten, sprach Kollege Holtmann für eine kurze Abrech-nung im „Berliner Volksblatt“, welche wir den Berliner Arbeitern schuldig sind. Die Kollegen Vinzenz, Müller und Hermann Winter als Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und baten, die Lohnkommission zu entlasten. Nachdem auch die Entschädigung an die Lohnkommission bewilligt war, wurde der Lohnkommission Decharge erteilt. Kollege Holtmann bean-tragte, von dem Uebererschuß dem Vorsitzenden für seine nicht geringe Mühe und Verdienst 10 M. zu bewilligen, was einstimmig an-genommen wurde. Der Vorsitzende bezieht sich die Verfügung vor und erklärte, daß der etwa verbleibende Uebererschuß nicht an die Hauptkassier in Bremen gesandt würde, da wir der Berliner Streik-Kontrollkommission gegenüber auch Verpflichtungen haben. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Abrechnung der auf Sammel-listen eingegangenen Beiträge, ergab eine Einnahme von 1045 M. 15 Pf. und eine Ausgabe von 1035,70 M. Es bleibt somit ein Uebererschuß von 9 M. 45 Pf. Gefandt wurden diese Unter-stützungen nach Hamburg und Bremen und ebenso an streikende Kollegen in Budapest. Kollege Winter vermisste bei den Aus-gabeposten die für die Greizer Weber bewilligten 80 M., wurde aber vom Vorsitzenden belehrt, daß diese Summe dem Beschluß gemäß aus der Vereinskasse genommen wurde. Die Revisoren be-nutzten die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Koll. Vinzenz Decharge erteilt wurde. Zu „Verschiedenes“ wurde zunächst ein Brief von den Bremer Kollegen, welche um weitere Unterstützung bitten, vorgelesen. Sodann eine Drucksache von der „Freien Volks-bühne“, bezüglich welcher der Vorsitzende zur besseren Information auf das „Berliner Volksblatt“ verwies.

Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Wir erhalten folgende Berichtigung: In Nr. 202 des „Berliner Volksblatt“ befindet sich ein Bericht über eine öffent-liche Versammlung der Tischschrauber Berlins und Umgegend, tagend am 25. August, Münzstraße 11. Der 3. Punkt der Tages-ordnung in jener Versammlung lautete: „Wie stellen sich die Zweier der mechanischen Schuhfabriken gegenüber den Tischschraub-arbeitern.“ Dieser Punkt ist laut Bericht, wie folgt, erledigt worden. Das Resultat der längeren Debatte über den 3. Punkt der Tagesordnung war, daß die Zweier nicht anwesend waren, der Beschluß, sich mit der Kommission des Vereins deutscher Schuhmacher in Verbindung zu setzen, um das Weitere zu regeln.“ Hierauf ist zu erwidern: erstens, daß die Zweier, soweit sie von der Notwendigkeit der Organi-sation überzeugt sind, Mitglieder des Vereins deutscher Schuh-macher sind, welcher an jenem Abende ebenfalls eine Versammlung mit wichtiger Tagesordnung abhielt. Der Einberufer jener öffentlichen Versammlung hätte dies berücksichtigen sollen. Zweitens, die Kommission aus Arbeitern hiesiger „Mechanischer und Wälschschrauber“, zum Zweck, Regelung etwaiger vor-kommender Differenzen gewählt, hat mit dem Verein deutscher Schuhmacher keine Berührung. Diese Kommission ist in einer öffentlichen Schuhmacherversammlung gewählt worden. Im

Auftrage des Vereins deutscher Schuhmacher, Karl Fleischer, Aufw.estr. 4.

Eine öffentliche Volkerversammlung tagte am Sonntag in Malchow (Kreis Nieder-Barnim), im Lokale des Herrn Lindike. Auf der Tagesordnung standen: 1. Vortrag des Stadtverordneten O. Heindorf aus Berlin über: Die bisherige Thätigkeit des Reichstags. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In das Bureau wurden die Genossen Grünberg, Kaspar und Pantow gewählt. Der Vorsitzende teilte mit, daß Herr Heindorf zu erscheinen ver-hindert sei. An dessen Stelle sprach Herr C. Hübsch-Berlin. Der Vortragende entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufrieden-heit aller Anwesenden und führte ungeschäftig folgendes aus: Als die Reichstagswahl am 20. Februar bevorstand, erklärten alle Parteien, daß ihnen das Wohl der Arbeiter am Herzen liege. Betrachtet wir uns nun jene Parteien ein wenig näher, so sehen wir, daß sie reaktionären Parteien sind. Ultramontane, Konfessionale und Deutschfreisinnige gehen Hand in Hand, um den Arbeiter zu unter-drücken; denn sie betrachten ihn als ihren gemeinsamen Feind. Sämtliche Vorklagen der Regierungen wurden angenommen. Das war nur möglich dadurch, daß das Zentrum, welches die Mehrheit im Reichstag, hat und diejenige Partei ist, auf welche sich die Reichsregierung stützt, dafür stimmte. Das aber wird nicht lange mehr so bleiben. Es wird eine Zeit kommen, wo die Mittelparteien vor einem Wendepunkt stehen werden, wo sie sich entweder nach rechts oder nach links wenden müssen. Es wird dann nur noch Revo-lutionäre und Reaktionäre geben. Das beständige Wachsen der Militärlasten muß das Volk mit der Zeit vollständig ruinieren. Wenn die Mittel, welche der Militarismus erfordert, zur Erhebung der Lage des Volkes angewandt würden, so könnte damit manches Gute geschaffen werden. Daß der Militarismus ein Segen für das Volk ist, wird trotz der Versicherung des Generals von Falkenstein: „Daß das Heer als eine Ferienkolonie für die Bevölkerung angesehen werden muß“, wohl Niemand glauben. Es werden der Sozialdemokratie die Vorwürfe gemacht, daß sie das Eigentum abschaffen und Ehe und Familie zer-stören will. Was nun das Eigentum anbelangt, so ist dieser Vorwurf gänzlich verfehlt und zwar aus dem Grunde, weil die große Masse heute schon kein Eigentum mehr hat. Wo kein Eigentum ist, kann auch keines genommen werden. Was ferner von der Ehe und Familie gesagt wird, ist ebenfalls unzutreffend, weil die Sozialdemokraten garnicht erst Ehe und Familie zu zerstören brauchen, denn das thut die Bourgeoisie schon heute im vollsten Maße. Oder kann man von Ehe und Familienleben sprechen, wo der Mann und die Frau Tags über in die Fabrik gehen, sich da ausbeuten lassen müssen und Abends ermattet heimkehren. Die Kinder solcher Eltern sind sich von frühester Jugend an selbst überlassen und werden, sobald es angeht, auch ausbeutet. In den Zwit-terfabriken müssen die Kleinen Nachts hindurch arbeiten; wenn sie unzufrieden drohen, werden sie mit Kaffee traktiert. Angesichts solcher Thatsachen wagen es unsere Gegner, solche Behauptungen auszu-sprechen? Derartige Zustände sind nur geeignet, die Sozialdemokratie zu stärken, ihre immer neue Anhänger zuzuführen und sie zu einer Partei zu machen, welche im Stande ist, den Kampf mit jeder anderen Partei aufzunehmen. Aufgabe der Sozialdemokratie muß es daher sein, immerfort zu agitieren, um die Massen auf-zuklären. Minister Wötcher sprach einst im Reichstag: „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst.“ Würde er darnach handeln, würden wir mit seiner Untersführung zufrieden sein. Wir wollen das Wohl der Allgemeinheit; nicht so die gegnerischen Parteien. Uns kann es gleich sein, ob wir von krummstehenden oder geradstehenden Menschen ausgebeutet werden, wir kämpfen nicht gegen Personen, sondern gegen ein System. Wer Hunger hat, will essen. Das Volk schreit nach Brot und man baut ihm Kirchen und verdrückt es auf ein besseres Jenseits. Für Kirchen-bauten ist Geld vorhanden, nicht aber für Volksschulbildung. Wie es mit der Freiheit der Person bestellt ist, wovon die mandesterlichen Parteien immer sprechen, davon zeugen die Vorkommnisse bei den Wahlen. Will der Arbeiter seine ihm gesetzlich zustehenden Rechte aus-süben, so wird er einfach entlassen und oftmals dem Hunger preisge-geden. Solche Mißstände abzuschaffen, muß unsere heiligste Pflicht sein. Darum müssen sich Land- und Industriearbeiter vereinigen und unmaßgeßelt in die weitesten Kreise für die Auf-klärung der Massen des Volkes sorgen, um immer neue und ziel-bezweckte Anhänger der Sozialdemokratie zuzuführen. Dann wird der Sieg uns nimmermehr ausbleiben. In der darauf stattfindenden Diskussion erhielt zuerst der Seelforscher des Ortes Pastor Haberdank das Wort und erklärte, daß er sich mit vielen, ja sogar mit den meisten Punkten der Ausführungen des Referenten einverstanden erkläre. Jedoch sei er in dem, was von der Kirche gesagt wurde, entgegengegesetzter Meinung; denn es könnte doch unmöglich jemand bestreiten, daß die Kirche von jeher die Inter-essen der Arbeiter vertreten hat. Die Kirche lehrt nicht nur „bete“, sondern „bete und arbeite“, und diesen Satz predige sie nicht nur den Armen, sondern auch den Reichen. Sie stellt also somit den Grundsatz auf: „Wer nicht arbeitet, braucht auch nicht zu essen.“ Was den Militarismus anbelangt, so sei nicht zu streiten, daß derselbe eine Last ist. Aber seuzen nicht die Anhänger anderer Parteien ebenso schwer unter diese Last? Zeigen Sie uns einen Weg, der uns hiervon befreit! Was ferner von der Wahlbeeinflussung gesagt wurde, könne er nicht glauben. Denn wer könnte wissen, daß jemand sozialdemokratisch gewählt habe? Er sei selber Mitglied des Wahlvorstandes gewesen; ihm sei nichts derartiges zur Kenntnis gelangt. Mit Lehren, wie sie Bebel in seinem Buche „Die Frau“ über Ehe und Familie zum Ausdruck bringt, könne er sich niemals befreunden. Uebrigens sei in letzter Zeit die Sozialdemokratie auch viel zahmer geworden. Während sich nun mehrere Redner gegen die Ausführungen des Herrn Pastors aussprachen, verließ derselbe zum allgemeinen Bedauern der Anwesenden den Saal. Es erhielt hierauf der Referent das Schlusswort, worin er in überzeugender Weise die von dem Herrn Pastor aufgestellten Behauptungen widerlegte, ebenfalls bedauernd, daß derselbe nicht mehr anwesend sei. Folgende Resolution gelangte nunmehr zur Abstimmung und wurde mit großer Majorität angenommen: Die heutige im Lokal des Herrn Lindike in Malchow tagende öffentliche Volkerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und erklärt, nur von der Sozialdemokratie die Besserstellung der darübenden Menschheit zu erwarten.“ Sodann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, daß sich die Anwesenden doch recht zahlreich dem Arbeiter-Bildungsverein für Weisenfee und Umgegend anschließen möchten, dessen nächste Vereins-versammlung am Dienstag, den 16. September, in Dewein's Ge-sellschaftssaal stattfindet.

Der Verband deutscher Zimmerleute, Lokalverband Berlin, hielt am Montag, den 8. d. M., in Feneckstein's Saal, seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Ziele der deutschen Arbeiterbewegung in der Jetztzeit, unter Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiter-agitation Ferd. Lassalle's. 2. Gewerkschaftliches.“ Der Referent erledigte seine Aufgabe in sehr gemeinverständ-licher Weise. Unter „Verschiedenes“ war ein Antrag ein-gegangen, die Versammlungen so einzurichten, daß sie nicht mit denen der „Freien Vereinigung“ zusammen fallen. Der Antrag wurde abgelehnt, da der Saal bis Neujahr an bestimmten Tagen gemietet ist. Von Kamerad Petereit wurde ein Antrag gestellt, in verschiedenen Stadtbezirken Werklokalitäten einzurichten, in denen die Kameraden sich treffen und einander Arbeitsgelegenheiten mitteilen können. Der Antrag fiel, da Kamerad Orland darauf aufmerksam machte, daß in kürzerer Zeit etwas derartiges geschaffen werden wird. Kamerad Schönhoff machte noch auf die „Freie Volksbühne“ auf-merksam und erregte sämtliche Kameraden mit ihren Frauen derselben beizutreten. Ferner wurde noch bekannt gemacht, daß der Werklokal „Lassalle“ am 13. d. M. ein Vergnügen und der Lokalverband Schönberg sein erstes Stiftungsfest am selben Tage in der Schloßbranerei Schönberg veranstaltet. Darauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Folgendes geht uns zur Veröffentlichung zu: Für die Gemäßigten in Kreis erhalten von den Parteibodenlegern 26,50 M., von den Schuhmachern der Werkstätten P. und B. 11,10 M., von den Sticker 13,70 M., von Herrn Steinmar aus Rixdorf 26,60 M., von Herrn Lindemann, Bürsten- und Pinselmacher 13,10 M., von den Tischhelfer 11,25 M., vom Fachverein der Weber 20 M., von den Steinbildhauern 15,15 M., in Summa bis jetzt für die gemäßigten Weber 570 M. erhalten. Karl Hübsch.

Freiwirtschaftliche Gemeinde, Rosenthalerstr. 22. Sonntag, den 14. September, Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn G. Voght über: „Freiwirtschaftliche und kirchliche Bildung.“ Gäste willkommen.

Der Tischlerverein veranstaltet am Sonntag, den 14. d. M. eine Männerpartie nach „Grüner Heide“. Abfahrt vom Schiffsdenkmal früh 7 Uhr.

Verein der Rüstmacher. Versammlung am Sonntag, den 14. September, Vormittags 10 Uhr, im Lokal Feuerstein, Alte Jakobstr. 75. Tagesordnung: 1. Vortrag über Genossenschaftswesen. 2. Beratung über die §§ 5 und 14 des Statuts. 3. Verschiedenes.

Freie Vereinigung der Heisenfeder- und Berufsangehörigen Berlin und Umgegend. Mitgliedsversammlung am Sonntag, den 13. September, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schiffer, Inselstr. 10.

Höpenide, Arbeiterverein für Höpenide und Umgegend. Versammlung am Sonntag, den 13. September, Abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“. Gäste sind willkommen.

Fachverein der Heilmaler und verwandter Berufsangehörigen Berlin und Umgegend. Versammlung am Sonntag, den 13. September, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn G. Voght, Brunnenstr. 28.

Achtung! Heilmaler! Innungs-Gesellenversammlung am Sonntag, den 14. September, Vormittags 10 Uhr, im Lokal Königshof, Wälschtr. 37.

Achtung! Rixdorf! Am Sonntag, den 13. September, findet im Hofmann's Lokal zu Rixdorf, Berlinerstr. 133, eine Versammlung der freien Gemeinde von Rixdorf und Umgegend statt. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille. Männer und Frauen sind höflich eingeladen. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein und Tanz.

Fachverein der Holzleger und Helfer. Versammlung am Sonntag, den 14. September, Vormittags 10 Uhr, im Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75.

Fachverein der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlin und Umgegend. Montag, den 16. September, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: Große Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Wacker emer. Konditor über Punkt 6 des sozialistischen Programms: „Religion ist Privatfache“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Einrichtung der Beiträge. 4. Verschiedenes und Fragelasten. — Am zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gäste willkommen.

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 14. September, Abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 20 in den Kaminhallen: Vortrag des Herrn Dr. Dr. Wille auf vielfältigen Wunsch über: „Die wahre Ethik Jesu Christi“. Nachher gemütliche Unterhaltung und Tanz. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Große öffentliche Versammlung der Schlichtergesellen Berlin und Umgegend am Sonntag, den 14. September 1890, Nachmittags 4 Uhr, in May's Lokal, Weidstr. 20-21, 1 Tr. Tagesordnung: 1. Wie sind die Verhältnisse in unserer bisherigen Arbeitsvermittlung zu befestigen? (Vortrag: Stadtordeener Fritz Zubeil.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Herren Schlichtermeister werden hiermit freundlich eingeladen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S.) zu Hamburg Nr. 29. Versammlung am Sonntag, den 13. September 1890, Abends 8 Uhr, im Lokal der Volks-Brauerei, Alte Wälschtr. 47-49.

Achtung, Textilarbeiter! Große öffentliche Versammlung der Weber, Weberinnen und verwandten Berufsangehörigen Rixdorf und Umgegend am Sonntag, den 14. September 1890, Vormittags 10 Uhr, im Hofmann's Lokal, Rixdorf, Bergstr. 129.

Fachverein der Heilmaler und verwandter Berufsangehörigen Berlin und Umgegend. Sonntag, den 13. September, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn G. Voght, Brunnenstr. 28: Versammlung.

Verein „Wanderlust“. Sitzung Montag, Abends 9 Uhr, Restaurant „Grünauer Garten“, Grünauerstr. 14.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Ortsverwaltung 1. Versammlung am Montag, den 15. September, Abends 8 Uhr, in Sahm's Klubhaus, Annenstr. 16.

Große Versammlung des Vereins gewerblicher Hilfsarbeiter für Johannisthal und Umgegend am Sonntag, den 13. September 1890, Abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Henneberg zu Johannisthal.

Fachverein der Tischler. Montag, den 15. September, Abends 8 Uhr, in „Sandsouci“, Kottbuserstr. 40, große Versammlung.

Achtung! Der Arbeitsnachweis des Klavierarbeiters bleibt Sonntag, den 13. September, des Stiftungsfestes wegen geschlossen.

Achtung! Strickmeyer! Sonntag, den 14. September, Vormittags 10 Uhr, findet eine Innungs-Gesellen-Versammlung im Lokal Königshof, Wälschtr. 37, statt.

Tischhelfer- und Berufsangehörigen Berlin und Umgegend. Große öffentliche Versammlung am Sonntag, den 13. September, Abends 8 Uhr, bei Semler, Wälschtr. 11.

Freie Vereinigung der Hausarbeiter. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 14. September, Vormittags 11 Uhr, in Schiffer's Salon, Inselstr. 10.

Die Freie Vereinigung der Grassauer und Bielemer veranstaltet heute, Sonntag, ein gemütliches Beisammensein mit Damen im Vereinslokal Dresdenerstr. 45. Anfang 9 Uhr. Entree frei. Arbeitsnachweis daselbst täglich Abends von 8-10 Uhr.

Kollerscher Stenographenverein „Süd-West“. Sitzung Abends 8 Uhr, im Restaurant Körner, Vorauerstr. 1, Unterlicht. — Nachmittags 4 Uhr Schülertarife in der Madenschule des Herrn Direktor Heinrich, Raabenstr. 20.

Verband der Postkammer- und Berufsangehörigen Berlin. Montag, den 14. September, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Besprechung über Statuten. 3. Verschiedenes.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 14. September, Abends 7 Uhr, im Lokal Oranienstr. 150. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn H. Wack über: „Die Moral und die wirtschaftlichen Verhältnisse.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Der Vergnügungsverein „Confidentia“ veranstaltet am Sonntag, den 20. September, bei Schütz, Prenzlauerstr. 41, ein Damenfrühchen, verbunden mit humoristischen Vorträgen, ausgeführt von den Solonhumoristen Hermann Bentmann, den Duettskinnen Janny und Jenny, des Charakterkomikers Franz, der Lederfängerin Fräulein Goldmann, des Gesangs-Solonhumoristen Ernst Kuffnerow, sowie verschiedenen anderen Spezialitäten. Wilkes, Herren 20 Pf., Damen 30 Pf., nur noch bis Donnerstag beim Vorübernden Adolf Borde, Thierstr. 6, und beim Schriftführer Ernst Kuffnerow, Grüner Weg 25, sowie im Vereinslokal. Heute 8 Uhr Sitzung im Restaurant „Zur guten Quelle“, Landsbergerstr. 28. Aufnahme neuer Mitglieder.

Freie Vereinigung der Maurer Berlin und Umgegend. Sonntag, den 14. September, Vormittags 10 Uhr, im Keller's Lokal, Bergstr. 62, Versammlung. Tagesordnung: 1. Der Arch in Baugewerbe und die Notlage der Berliner Maurer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Mitglieder werden aufgenommen.

Fachverein der Tischler. Die Zahlstellen befinden sich in folgenden Lokalen: 1. Friedrichsbergstraße 26 bei Schmidt. 2. Stallgerstraße 107 bei Kuntzmann. 3. Belfallstraße 36 bei Hülscher. 4. Biondistr. 11 bei Hahn. 5. Schleiermacher- und Gneissmattchen-Gasse bei Scheuer. 6. Steinmeyerstr. 67 bei Lindow (dieselbe war früher in der Säulowstraße). 7. Dresdenerstraße 116, 8. Sünder- und Thurnstr. Gasse bei Jahnke. 9. Rangstraße 70 bei Heindorf, 10. Rixdorf, Bergstraße 7, bei Zuchet.

11. Fennstraße 4a bei Krüger, 12. Göliger- und Sorauerstr. 13. Weissenhof: Köller- und Charlottenstr. Gasse bei Kisch, 14. Belfallstraße und Gasse Prenzlauer Allee, 15. Gelandebrennen, Grünhoferstraße 2a bei Weyß. Der Arbeitsnachweis befindet sich Wallstr. 7-9 und 13 von 7 bis Morgens bis 7 Uhr Abends, mit Ausnahme der Wochentage von 12 bis 3 Uhr, geöffnet. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Kontung beizufügen. **Erntedank** Antwort wird nicht erteilt.

Musk. Wir waren und sind nicht „musikverhätlich“ genug, um Ihre Frage beantworten zu können.

Vorstand des Les- und Diskutierklubs „Süden“. Schiden sie uns jeden Donnerstag die Notiz zu, wenn sie wünschen, daß sie ausgenommen werden soll.

Carl F. 1001. Lindenstr. 44, 8-9 Uhr Vormittags.

E. H. Es besteht hierüber keine Vorschrift.

M. E. A. 1. Die Unterschrift der Frau hat ohne Genehmigung des Mannes keine Rechtsverbindlichkeit. — 2. Die Zeugen müssen gehört werden.

E. S. Göligerstraße. Bis zum Ende der Dienstzeit.

W. 10. 1. Der Vater des Schmiedegesellen kann nicht gezwungen werden. — 2. Alimentenklagen verfahren nicht. — 3. Der Vater des unehelichen Kindes kann immer dasselbe nach vollem endetem 4. Lebensjahre zu sich nehmen.

Schönhäuserstr. 4. Rein, deshalb kann der Arbeitgeber nicht bestraft werden.

G. Y. Auch das Mobilien der Ehefrau haftet für die Steuern.

B. B. 19. Sie müssen sich die baulichen Veränderungen gefallen lassen. Die Wohnung muß, wenn sie aus nicht mehr als 2 Zimmern besteht, am 1. Oktober, 12 Uhr Mittags, geräumt sein.

100. 1. Sie können die Geldstrafe noch bezahlen und müssen sich damit an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht 1 wenden.

2. Die Frage ist unverständlich.

U. W. Wenn die Wohnung auf Ihre Veranlassung untersucht wurde, so müssen Sie die Kosten bezahlen.

H. Oler. Sie müssen Ihre Einrede in der mündlichen Verhandlung vor Gericht vorbringen und eventuell beweisen.

Joh. Schröder. Der Vater kann aus allen Gründen jederzeit die Einwilligung verweigern.

W. A. Der Gerichtsvollzieher kann die Sachen pfänden, der Gläubiger muß sie aber wieder freigeben.

136. A. F. 1. Ja, das dürfen Kinder über 21 Jahre, 2. Rein, dazu ist der Gerichtsvollzieher nicht berechtigt. 3. Ein Ueberzieher und ein Anzug ist pfändbar.

W. Hofeis. Der Meister muß 1/3 beitragen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Große Versammlung

am Montag, den 15. September, Abends 8 Uhr, im Lokal **Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.**

Tagesordnung: 1. Vortrag über den Organisations-Entwurf. Referent Reichstagsabg. Herr **Paul Singer.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

1790 **Der Vorstand.**

Allgem. Schriftgießer-Versammlung

Montag, den 15. Septbr., Abds. präc. 8 Uhr, in „Jordan's Salon“, Neue Grün-Strasse No. 28.

Tages-Ordnung: 1. Tarifangelegenheiten. 2. Verschiedenes. — In Anbetracht der höchst wichtigen Sache ist das Erscheinen eines jeden Schriftgießers unbedingt notwendig.

1774 **Der Einberufer.**

Gauverein Berliner Bildhauer.

Morgen, Sonntag, den 14. September: Besichtigung des Charlottenburger Schlosses und des Mausoleums. Treffpunkt 1/10 Uhr vorm Schloß daselbst.

1784

Grosse öffentliche Versammlung der Schlichtergesellen Berlin u. Umgeg.

Sonntag, den 14. Septbr., Nachm. 4 Uhr, in May's Postsälen, Beuthstr. 20-21, 1. Tages-Ordnung: 1. Wie sind die Verhältnisse in unserer bisherigen Arbeitsvermittlung zu befestigen? Referent Stadto. **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Herren Schlichtermeister werden hiermit freundlich eingeladen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, der wichtigen Tagesordnung wegen in dieser Versammlung zu erscheinen. Zur Deckung der Unkosten findet Zeller-Versammlung statt.

1778 **Der Einberufer: W. Schwarzko, Swinemünderstr. 133.**

Grosse öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 14. September, Abends 7 Uhr, in den „Zentral-Festsälen“, Oranien-Strasse No. 180.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **W. Wack** über: „Die Moral und die wirtschaftlichen Verhältnisse“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.** **Die Beauftragten.**

1793

Sein reichhaltiges Lager in

Herren- und Knaben-Garderoben,

sowie Bestellungen nach Maß empfiehlt

J. Krakauer, Rixdorf, Bergstr. 22. 1787

G. W. HAUER ANSTALT
BERLIN, S. Alexanderstr. 37/38

Alb. Hintze, Schuhmachermeister

Dalldorfstr. 18, dicht am Weddingpl., empfiehlt sein Lager fertiger

Schuhwaren

für Herren, Damen und Kinder. Solide Waare zu billigen Preisen. Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen prompt und billigst.

empfehle sein Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft zu billigen Engros-Preisen. Bestellungen nach Maß prompt unter Garantie des Gutgehens.

1777

Cigarren und Tabake.

B. Stabernack, Wrangelstr. 65.

Meyer's Lexikon sucht zu kaufen 1748

A. Sauer, Rüdersdorferstr. 36.

Verband der Zimmerleute.

Sonntag, den 14. September, Vormittags 10 Uhr:

Versammlung

bei **Sager, Grüner Weg 20.** Vortrag des Herrn J. Türk über: „Frauenbefreiung.“ Gäste sind willkommen. 1780

Verband der Vergolder, Goldleisten-Arbeiter u. Berufsangehörigen Berlin.

Montag, den 15. September, Abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in Schiffer's Salon, Inselstr. 10.

Tagesordnung: 1. Statistisches. 2. Gewerkschaftliches. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

1772 **Der Vorstand.**

Vereinigung der Drechsler Deutschlands.

Ortsverwaltungen 1-7.

Sonntag, den 14. September:

Letzter Sommer-Ausflug nach Schmargendorf (Kaiser Friedrich-Garten).

Abfahrt vom Schleifischen Bahnhof 1 Uhr 40 Minuten, vom Anhalterischen Bahnhof 1 Uhr 25 Minuten.

1781 **R. Lutz.**

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein

Restaurant zum rothen Meer.

Verschiedene Flüssigkeiten sind in Massen vorhanden. Um zahlreichem Besuch bittet

1768

W. Haugk, Boedstr. 12.

Jede Uhr zu reparieren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens

1,50 Mark.

Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen. 1200

Gust. Bleul, Rosenthalerstr. 10. (a. d. Auguststr.)

Sophas, Matragen, Bettstellen,

auch Theilzahlung, 274

bei **O. Schmidt, Gartenstr. 56.**

Meinen Kunden,

und denjenigen, die es werden wollen, diene hiermit zur Nachricht, daß sämtliche Neuheiten zur Herbst- und Winterfason eingetroffen sind.

Ich bitte daher im Interesse meiner Kunden, die Bestellungen schon früher zu machen.

Auch das Lager in fertigen, guten Garderoben, welche bei angemeßenen hohen Arbeitslöhnen angefertigt sind, ist reichlich sortiert.

Elegante Einsegnungs-Anzüge in blau und schwarz.

Gleichzeitig bitte Reparatur bedürftige Winter-Garderoben schon jetzt einenden zu wollen, da ich in der Saison für Pünktlichkeit nicht einstehen kann.

Jul. Lindenbaum,

Herren- u. Knaben-Garderoben-Lager

Gr. Frankfurterstr. 139,

zweites Haus v. d. Fruchtstr.

Gold- u. Silberwaaren

empfiehlt **A. Schlag,** 1838a Invalidenstr. 148, am Pappelplatz. Reparaturen u. Neuarbeitungen.

Schuhwaaren

in allen Sorten und Größen empfiehlt

A. Heinemann,

Skalitzerstr. 125. 1469

Albrecht's Bäckerei,

Wrangelstr. 8 und Langestr. 26, liefert das größte Brot für 50 Pf. (681)

größere und kleinere zu vermieten Blumenstraße 32.

Ein Geschäftsteller

zum 1. Oktbr. zu verm. Blumenstr. 32. 1792

Restorhandlung. Reste zu kleinen Anzügen v. 1,50 M., großen Anzügen v. 7,50 M. bis zum reinsten Rammingen, sowie feinste Paletot- u. Wintermäntel-Stoffe, Plüsch, Pelz, Krinmer, Sammt, Atlas, sowie alle Besatzartikel. Auf Wunsch zugeschnitten oder angefertigt.

1791 **Karlo, Waldemarstr. 66.**

Allen Kollegen und Arbeitern empfehle mein

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.

1256 **H. Mentz, Luthersstr. 46.**

Oestreicher!

Bann's Such g'müthl unterhalten wöllt's, so kommt's in die Kuckass-Ströken auf Nr. 15a in die Ungarische Restauration. Die höchsten Weaner Tanz wer'n aufgeführt.

1725

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Unserm Genossen **Heinrich Tamm** zum heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch. Hat meinst, es ist schon Holz zu die Richtscheite hat!

1779 **F. F. H. H.**

Unserm Freund und Genossen **Robert Hoffmann** zu seinem heutigen Geburtstage ein dreimal donnerndes Gebühob.

Gestern Morgen entschlief sanft nach langen Leiden unser lieber Sohn und Bruder, der **Lepser**

Carl Tiede im 28. Lebensjahre. Um stilles Beileid bitten **Die Hinterbliebenen.** Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittags 4 Uhr auf dem Golgatha-Friedhofe statt.

Die Beileidigung vom 10. v. M. nehme ich zurück und erkläre **H. L. Stalder** als Ehrenmann. **L. Kohlstedt.**

Die Ehrenbeileidigung gegen Herrn **Marscheider** nehme ich zurück.

1795 **W. Renner.**

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Projekten, Einziehung von Forderungen. (1678)

Pollak, Georgenfirchtr. 24 II.

Ein **Arbeiter-Gesangsverein** sucht einen leistungsfähigen **Dirigenten.** Adressen erbeten unter **H. 100** Postamt Schleifischer Bahnhof.

Saal zu Festlichkeiten,

noch zu vergeben Schönhauser Allee 28

Empfehle mein **Vereinsnummer** u. Arbeitsnachw. Volksbl. I. aus **J. Lenz,** Alte Jakobstr. 69, vis-à-vis Feuerstr. 1791

Ein Genosse, Geschäftsmann,

sucht ein Darlehen von 150 Mark gegen gute Zinsen, pünktliche Zurückzahlung garantiert. Adressen erbeten unter **H. 100** an die Exped. d. Bl.

Moabit, Havelbergerstraße 30, Wohnung von 35-95 Zhr.

Kleine Wohnung, 110 Zhr.,

aus Stube, Kammer u. Küche, mögl. einzelne Leute, zum 1. Okt. zu verm. Zu erfragen **Witzstr. 6, Hof 3**

3 Wohnungen mit Wasser, 1 aus mit Kloset, 50-56 Zhr., 1. Okt. zu verm. **Rixdorf, Prinz Handjersstr. 10**

Eine große zweifelhafte Stube separatem Eingang ist zum 1. Oktobr. zu vermieten. Zu erfragen bei **Fundat, Lübenerstr. 14, v. II.** (1788)

Möbl. Schlafstelle f. 2 Herren fogelnd oder zum 1. Oktober zu vermieten bei **Lindner, Admiralsstr. 28, Seitenfl. 4**

Eine freundl. Schlafstelle zu verm. **Neumannsgasse 9, 2 Tr.**

Ein geübter Präger oder Prägerin am Dampf-Balanzier wird sof. verlangt **E. Gotthilf Franke, Engel-lfstr. 3.**

Selbstl. Gitterbauer, aber n. selbstl. auf d. Arbeit, verl. Kaufstr. 11a

Gärtler a. Bronzegebänge, gesucht (1783) **P. Zörn, Sebastianstr. 6.**

Barn-Häpplerinnen werden sofort verlangt **Anton Schnur, Alte Schützenstr. 10**

Ein Behring, der Lust hat, die Beobachtung z. erl., w. verl. **Kamptenstr. 10**